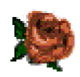
Die Schandverträge

Volk an der Arbeit, Heft 1; Reihe herausgegeben von Dr. Decker,
Referent in der Unterrichtsabteilung des Reichsarbeitsministeriums. M. d. R.
Verlag von Julius Beltz, Berlin - Leipzig, © 1934.
Diese digitalisierte Version © 2010 by The Scriptorium.
Druckversion 2019 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.

Hans Wilhelm Scheidt, Oberfeldmeister u. Adjutant.



Die Schandverträge.
Hans Wilhelm Scheidt



Scriptorium dankt Herrn T. R. für seine großzügige Spende dieses Buches zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!

Vorwort

Allzu leicht ist die Behandlung der Schandverträge, die dem Versailler Diktat gefolgt sind, überschattet von dem Versailler Diktat selber. Und doch gehört zu dem großen Kampf unseres Volkes für Ehre, Arbeit und Frieden auch die Kenntnis jener unmöglichen Abmachungen, die im Locarno-Vertrag, im Dawes-Pakt und im Young-Plan getroffen worden sind. Wenn heute das deutsche Volk zurückschaut auf eine 14jährige Leidenszeit, dann muß insbesondere die deutsche Jugend wissen, durch welche Verträge diese Leidenszeit hervorgerufen wurde. Ein einfacher geschichtlicher Rückblick zeigt die Unmöglichkeit dieser Verträge, jemals eine Befriedigung Europas herbeizuführen, weil sie alle dem Geiste des Hasses entsprangen und weil sie alle ausgingen von einer Zweiteilung der Welt in Sieger und Besiegte.

Aus diesem Grunde wird die vorliegende Arbeit nicht nur zu einer geschichtlichen Anklage, sondern auch gleichzeitig zu einer ausgezeichneten Waffe unseres Kampfes um Wahrheit und Ehre. Sie schildert die Verträge seit Versailles im Zusammenhang mit der großen deutschen Volksnot. Das Wesentliche ist in klaren Strichen herausgearbeitet. *So ist diese Arbeit unentbehrlich für jeden Lehrer und Jugenderzieher im Deutschen Arbeitsdienst, unentbehrlich für unseren Kampf um Freiheit und Brot.*

gez. Dr. Decker, M. d. R.
Potsdam.



Einleitung

Seit Jahrtausenden stehen die nordischen Völker in Mitteleuropa in beständigem Ringen um Lebensraum und volkliche Eigenart. Immer spielten sich diese Kämpfe inmitten des politischen Zentralangelpunktes des Geschehens in Europa ab. Um den Boden, der heute Deutschland heißt, wurde in grauer Vorzeit gestritten, um das Siedlungsgebiet im Osten kämpften germanische Krieger im Mittelalter. Preußens Geschick wurde zur Zeit **Friedrichs des Großen** auch das Geschick Europas, und Deutschlands Wohl und Wehe entscheidet heute die großen Fragen der europäischen Politik. Der politische Angelpunkt Europas war seit dem Mittelalter Deutschland. Seit mehr als einem halben Jahrhundert sind die außenpolitischen Rivalen Deutschlands die Randstaaten Europas. Die deutsche Volkheit ist in ihrer inneren volklichen Gesetzmäßigkeit nach **die fleißigste und die meisten geistigen Kräfte schöpfende Nation.** Daraus ergibt sich die Tatsache, daß Deutschland immer wieder, so oft es im politischen Geschehen niedergerungen wurde, einen neuen Auftrieb durch die lebendigen Kräfte seiner Jugend bekam, die alles abwarf, was ihre Klarheit überkrustete. Ein Deutschland der Größe, der Macht und der Einheit war - gegeben durch seine Lage - immer entscheidend in den Angelegenheiten Europas.

Das höchste Gesetz im politischen Leben eines jeden Volkes, von dem aus sich alle anderen Fragen von selbst lösen, ist die Wahrung der politischen Handlungsfreiheit, die sich jedes Volk erkämpfen muß. Die Folge davon ist das ewig Gegensätzliche, das zum Kampf um Lebensraum und volkliche Eigenart führen muß. Dieser Kampf ist der sichtbare Ausdruck des Naturgesetzes der Auslese des Tüchtigen. Ein Volk, das in diesem Kampfe resigniert, hat seine Mission erfüllt und versinkt als einheitliche Größe in den Abgrund der Bedeutungslosigkeit.

Von diesem Gedankengang ausgehend gelangt man zu der Überzeugung, daß es Schuld und Sühne als Anfang oder Abschluß eines politischen Geschehens nicht geben kann. Alle Worte oder konstruierten Begriffe der Kriegsschuld oder Reparation sind wesenlos und unlogisch. Alles Geschehen ist nur Aktion oder Reaktion, die sich ablösen nach den oben genannten ewigen Kampfgesetzen. Schuld allein ist es, wenn die Gestalter des politischen Geschehens diese Grenzen nicht kennen oder ihnen nicht folgen wollen. Die notwendige Reaktion darauf muß aus einem gesunden Volksempfinden heraus so aussehen, daß das Volk die Schuld oder die Schuldigen in seinen eigenen Reihen sucht und nach seiner Eigenart erbarmungslos Vergeltung übt.

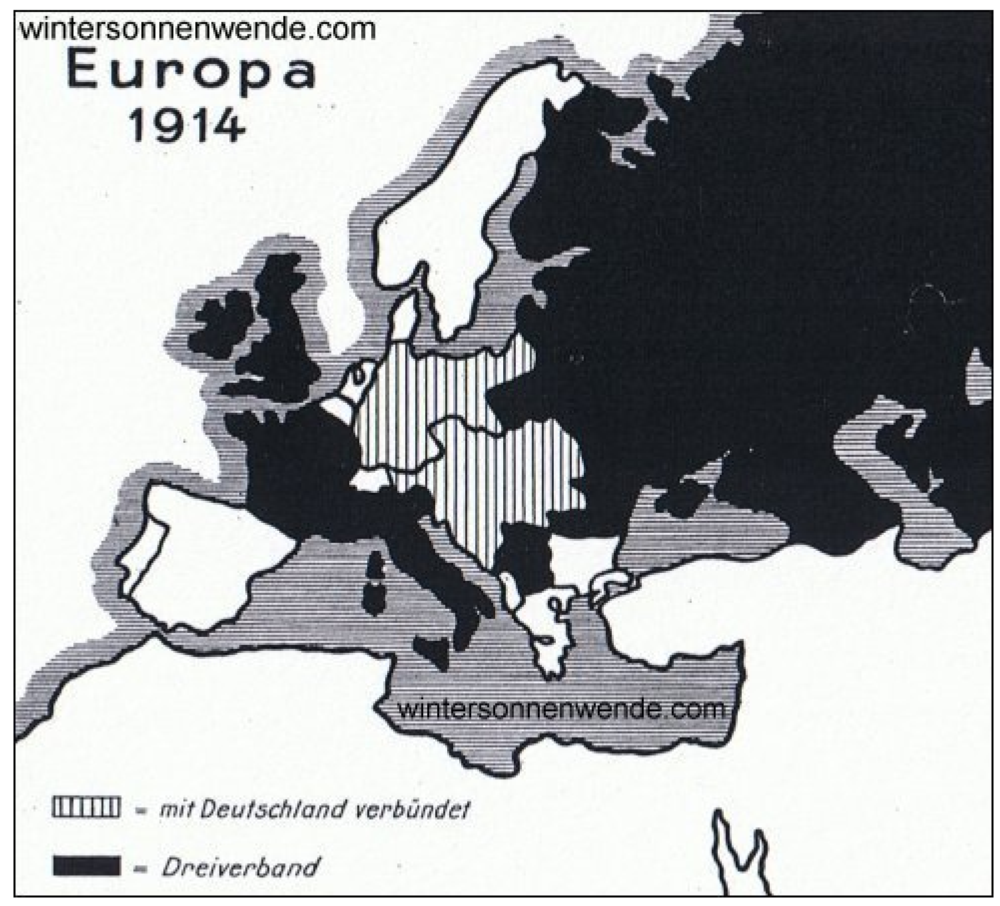
Schuld der Vorkriegspolitik war es, daß nach der Bismarckschen Zeit niemand in den deutschen Kabinetten die Außenpolitik des Deutschen Reiches nach den vorstehenden Gesichtspunkten betrachtete und beurteilte, und die verantwortlichen Kreise in der folgenschweren Politik der friedlichen Welteroberung die Möglichkeit sahen, Deutschlands Größe und Macht und Einheit für alle Zeiten zu festigen.

Wir wollen nicht wieder in den Fehler der deutschen Objektivität verfallen, wenn wir Deutschlands Not der letzten 30 Jahre an uns vorübergehen lassen. Wir wollen subjektiv den **deutschen** Standpunkt einnehmen. Wir dürfen aber nicht den alten strategischen Grundsatz vergessen, daß man seine eigene Kampfesweise den Absichten der Gegner anpassen muß, um erfolgreich zu sein. Während des **großen Völkerringens von 1914-18** standen fast alle, jedenfalls fast alle bedeutungsvollen Randstaaten Europas im Kampf gegen Deutschland. Dies war die notwendige Folge der deutschen Vorkriegspolitik, die darauf eingestellt war, Deutschland wieder auf einen politischen Platz unter den Völkern Europas zu stellen, der eines Tages in allen europäischen Fragen in dem einen oder anderen Sinne ausschlaggebend gewesen wäre.

Dieser Kampf um politischen Einfluß ist eine Selbstverständlichkeit für jedes Volk, das inneres Streben hat. Die verantwortlichen Führer dieses Volkes aber müssen sich auch darüber klar sein, daß die Nachbarstaaten ebenfalls ihre heilige Aufgabe darin sehen, ihre politische Handlungsfreiheit zu wahren und dem unbequem im Herzen Europas aufsteigenden Machtfaktor ihre unerbittliche Gegnerschaft entgegenzustellen. Die sogenannte *"Entente cordiale"* ist ja nichts weiter als der Zusammenschluß der politisch bedeutungsvollen Randstaaten Europas zu einem Interessenverbande mit dem Ziel, Deutschland für alle Zukunft politisch bedeutungslos zu machen. So wie Deutschland

seine Aufgabe darin sehen mußte, zu wachsen und stark zu werden, so mußten von ihrem Standpunkt aus die sich in ihren Interessen bedroht fühlenden Nachbarstaaten auf irgendeine Weise ihre volle politische Handlungsfreiheit zu sichern versuchen. Die deutsche Vorkriegspolitik hätte darauf abgestellt sein müssen, dieser absolut sicher vorauszusehenden Auseinandersetzung dadurch vorzubeugen, daß man durch geeignete Abmachungen den Ring um Deutschland an irgendeiner Stelle sprengte (Rußlandpolitik), oder aber daß man Deutschlands Machtstellung im Hinblick auf einen kommenden Krieg so stärkte, daß es praktisch selbst nach 2 resp. 4 Fronten unangreifbar erschien.

Das erstere unterblieb. Der Dreibund mit Italien wurde bereits vor dem Kriege von vielen Kennern mit großen Zweifeln betrachtet. Der zweite Punkt aber **wurde geradezu in der fahrlässigsten Weise vernachlässigt.** Das deutsche Heer in der Vorkriegszeit war technisch das beste der Welt, was sich in einem vierjährigen Frontkampf mit noch nie dagewesenen Schwierigkeiten erwies. Im parlamentarischen Prinzip aber zersplitterten Deutschlands innerpolitischen Kräfte und hoben sich gegeneinander auf. In wirtschaftlicher Hinsicht waren die Augen Aller in Deutschland auf den Überseehandel und eine möglichst hohe Industrieproduktion gerichtet, anstatt in der nationalen Wirtschaft die Dienerin der Politik zu sehen. Die Volkskräfte Deutschlands wurden gemindert durch eine große Teilung, die das Volk nicht als eine Einheit dastehen ließ.



Europa 1914.

Diese drei Punkte hätten überwunden werden müssen, was im Laufe des Krieges unter der Wucht der Geschehnisse fast unmöglich war, oder aber - wie es später ja auch gekommen ist - das Vorkriegsdeutschland mußte zugrunde gehen. Daß das deutsche Volk in offener Feldschlacht unbesiegt blieb, lag nicht in einer richtigen Wehrpolitik Deutschlands vor dem Kriege, sondern in der restlosen Hingabe seiner wertvollsten Teile im Verlauf des Krieges. Letzteres war auch nicht begründet in der staatspolitischen Einsicht des einzelnen Mannes oder der Führer, sondern entsprang lediglich aus den wertvollen volklichen Eigenschaften des deutschen Menschen.

Im Sommer 1918 mußten die Ententestaaten die Aussichtslosigkeit, ihr politisches Ziel mit den gewählten Mitteln zu erreichen, einsehen. Sie durften die Verfolgung dieses Zieles aber um ihrer selbst willen nicht aufgeben. Die Maschine der politischen Zersetzung mußte in Deutschland, dem

Lande des Individualismus und der Parlamentspolitik, der Klassengegensätze und marxistischen Verhetzung jetzt sicher und präzise ihre politische Aufgabe erfüllen. Deutschland starb am Liberalismus kultureller, politischer und wirtschaftlicher Art, während das Heer infolge des Gemeinschaftsgedankens, des Kampfeswillens und des auserlesenen Führertums unbesiegt blieb.

Die erste Etappe der Ententestaaten auf dem Wege zum Ziele war erreicht. Der niedergerungene Gegner durfte aber nicht wieder aufstehen. Er sollte ja für alle Zeiten politisch bedeutungslos gemacht werden. Erst dann konnte dieser Krieg als siegreich beendet angesehen werden.

Und dann kam der 9. November, an dem Verräter dem deutschen Volke die Waffen aus der Hand wanden, - und der Tag von Versailles, an dem der Feind diese Waffen gänzlich vernichtete.

Das deutsche Heer war zerschlagen. Ein für die Zukunft aber fast noch stärkerer Gegner war die deutsche Volkskraft. So mußte das **Versailler Diktat** Waffe und Kriegserklärung neuer Art werden. Deutschlands Wirtschaft, Deutschlands Wehrwille und Deutschlands Jugend mußten vernichtet werden. Das Diktat von Versailles war die erste Offensive, war das Vorbereitungsfeuer, dem der Sturm und das Aufrollen des Gegners folgen sollte. Die Phasen dieses Sturmes sind die einzelnen Etappen der Nachkriegspolitik. London, Locarno, Dawes und Young heißen die Gefechte, die im Verlaufe dieses Kampfes geliefert wurden.

Den Verlauf dieser Geschehnisse der deutschen Jugend darzulegen, soll Aufgabe der folgenden Kapitel sein.

Diese deutsche Jugend kämpfte in den letzten 14 Jahren einen verzweifelten Kampf um ihr Leben, ihre Zukunft. Eine unermeßliche Leidenszeit hat sie im Verlaufe dieses Kampfes durchlebt und ihre schönsten Jahre im Ringen um Deutschlands Größe und Einheit geopfert. Ihr Lohn ist der Erfolg. Der feindliche Angriff ist zum Stehen gebracht. Aus der Marneschlacht erstand eine neue Siegfriedsstellung. Aus der Geschichte dieses Kampfes in allen seinen Phasen vom Anfang dieses Jahrhunderts bis zum heutigen Tage muß die Jugend lernen, die deutsche Politik der nächsten Jahre zu erkennen, um als großes geeintes, Kräfte gebärendes Volk seine große geschichtliche Sendung als Trägerin der nordischen Rassenbestimmung in der Welt erfüllen zu können, damit das alte Wort einst wahr wird:

Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!



Wie es kam...

Vier Jahre Feuer. Vier Jahre Blut und Leiden. 48 Monate Eisenhagel und Dreck. Hunger und Ermattung an der Front und in der Heimat.

Aber draußen - dort wo die Sturmbataillone erbittert um eine Handbreit Boden kämpfen - zäher Wille. Entschlossenheit. Fast alle haben tagelang keinen Schlaf, sehen tagelang kein Essen, kein Wasser. Und immer wieder Trommelfeuer, immer wieder Kampf. Der deutsche Bundesbruder muß überall helfen. In Österreich, in Bulgarien, am Isonzo und in der Türkei. Nirgends kann man ohne ihn die Stellungen halten. Die Truppen werden hin und hergeworfen.

Eine Front ist frei - im Osten! Und dort droht schon eine neue Gefahr, die fast schlimmer ist als das Trommelfeuer der Materialschlacht. Das Gespenst des roten Terrors verlangt Einsatz im deutschen Osten. Mit harten Schlägen pocht der Bolschewismus an Deutschlands Ostpforte. Behende, geschäftige Nager schleichen sich hinein nach Deutschland, um an den Grundfesten deutscher Art, an Ehre, Treue, Glaube und Recht zu nagen und zu wühlen. Niemand tut etwas dagegen. Die warnenden Stimmen der Frontführer verhallen ungehört. Es sitzt sich ja so schön und sicher im Parlament. Und es bringt etwas ein neben dem großen Kriege, der Millionen und Millionen in die Taschen derer fließen läßt, die gefühllos den Schrei der Front nach Material in Prozente umrechnen.

Deutsche Männer stehen an der Front, volksfremde in der Heimat am Steuer.

Und der Kaiser? --

Niemand weiß es noch heute genau zu sagen: Ist er ein Opfer jener verwirrten Zeit geworden? Die Tatsache steht fest und unumstößlich: Es wurde seitens der obersten Führung nichts getan, um die Warnungen der Männer von der Front zu bedenken, geschweige denn ihnen zu folgen.

Das deutsche Heer stand weit in Frankreich. Der Nachschub von Kriegsmaterial war mehr als spärlich. An jedem nicht abgefeuerten Schuß hing das Leben von Hunderten deutscher Männer. Die Front war unendlich lang und dünn. Zu dünn, um sie gegen immer wieder neu einsetzende Angriffe ausgeruhter Truppen zu halten. Man **mußte** zurückweichen. Wären alle neu eingezogenen Soldaten so hart und pflichtbewußt wie die alten Kämpfer an der Front gewesen, wäre nur die Hälfte von ihnen so zum Letzten entschlossen gewesen wie die paar Sturmbataillone, die aus ausgesuchten Menschen bestanden: die Aufgabe wäre gelöst worden. Die Reserven aber waren mehr als schlecht. Hinderten oft mehr, als sie halfen. Die Waffen, die neu herbeigeschafft wurden, trugen alle Anzeichen mangelhafter Rohstoffe.

Die Front mußte zurück. Das Menschenmögliche war getan, mehr konnte man nicht verlangen. In der Ausgangsstellung mußte sie aber stehen bleiben, mußte letzte Wacht sein für deutsches Land, letzter Garant für einen menschlichen Frieden. Amerikas Präsident Wilson setzte **14 Punkte** auf, mit denen er angeblich den Grundstein für einen dauernden und gerechten Frieden zu legen beabsichtigte.

Die Führer an der Front sehen die Unmöglichkeit eines weiteren militärisch erfolgreichen Handelns ein, und verlangen in höchster Not von der Reichsregierung den Waffenstillstand und sofort einsetzende Friedensverhandlungen.

Im Reich aber tagt das Parlament! Man ergeht sich in stundenlangen Zwiegesprächen in den mit weichen Teppichen ausgelegten Hallen des Reichstages. Man hat ja so viel zu tun! Es ist wieder einmal eine neue Regierung am Ruder. Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie stehen in einer Front. Man spricht von Freiheit, von Reformen, von Wahlrechtsänderungen - aber nicht von der deutschen Not. Man hatte einen neuen Mann an die Spitze des Reiches gestellt, einen demokratisch angehauchten Schwächling, einen überfeinerten Aristokraten, der es allen recht machen wollte. Prinz Max von Baden schloß sich würdig seinen Vorgängern Bethmann-Hollweg u. a. an. Und diese Regierung bietet endlich - nun schon zu spät - den Feinden den Frieden an. Kämpfen will niemand mehr. An der Front sind die Gegner beide ermattet. Aber kein Wort bzw. Eingeständnis der Schwäche kommt von den Lippen der Ententevertreter... Worte offenen Landesverrats jedoch werden in der Presse Deutschlands laut:

"Deutschland soll - das ist unser fester Wille - für immer seine Kriegsflagge streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Wie ein flammendes Mal einstiger Schande steht heute vor jedem Deutschen dieser teuflisch-gemeine Satz, den das sozialdemokratische Organ *Der Vorwärts* damals den anständigen Deutschen ins Gesicht schleuderte.



Scheidemann vor dem Reichstag. Phot. Scherl

Die Zersetzung ging weiter. Die Spartakisten durften tagen. Arbeiter- und Soldatenräte wurden eingesetzt. Das Tor im Osten brach auf, und hinein ins deutsche Land fluteten Scharen von Agitatoren der roten Gewalthaber. Deutschland ist schwach, ermattet und liegt am Boden. Scheidemann aber spricht mit hysterischer Freude vom Sieg, den das deutsche Volk auf der ganzen Linie errungen habe. Hinter der zurückweichenden Front tobt

bereits offener Umsturz. Die Marine meutert. In München wird die Räterepublik ausgerufen, und deutsche Menschen lassen im Kugelregen der Roten ihr Leben. Der Kaiser tritt auf Verlangen der roten Parteien, deren Willkürherrschaft in Deutschland jetzt eine allgemeine geworden ist, zurück. Ludendorff war schon im Oktober entlassen. Das deutsche Volk ist ohne Führer und dem Spiel der roten Flut ohne Einschränkung ausgeliefert.

Im Walde von Compiegne unterhandelt man über den Waffenstillstand. Die Gegner glaubten einen Vertreter des deutschen Frontsoldatentums als Verhandlungspartner zu finden. Allzu grotesk wirkt Herr Erzberger an diesem Platz im schwarzen Rock und Zylinder.

Unterhandelt man mit einem solchen Mann? Niemals! Man diktiert!

Der Waffenstillstand wird bedingungslos unterschrieben. Deutschland ist ja wehrlos. 5000 Geschütze, über 25 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 1700 Flugzeuge müssen abgeliefert werden, dazu Tausende von Lokomotiven mit Eisenbahnwagen und alle U-Boote. Der größte Teil der deutschen Flotte muß verschwinden. Jetzt gibt es keinen Widerstand mehr, den der Gegner zu fürchten hätte.



In Versailles

Für die Feindbundstaaten besteht nun keine andere Sorge mehr, als den einmal im Kampfe niedergeworfenen Gegner restlos zu vernichten. Die deutsche Staatsführung ist nicht mehr zu fürchten, sie steht auf dem Boden des Friedens um jeden Preis. Nun kommt die große Stunde für die treibenden Kräfte der alliierten Großstaaten; es gilt eine Form des Friedens zu finden, die alle Befürchtungen in bezug auf Deutschland für die Zukunft ausschließt. Der "greise Tiger" Clemenceau, der Engländer Lloyd George, Italiens Vertreter Orlando und der Vertreter des gerechtigkeitstriefenden Amerika, Wilson, beraten ohne Hinzuziehung von Vertretern Deutschlands über die Formulierung eines zu ratifizierenden Friedensvertrages.

Der schwärzeste Tag der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts sieht die Vertreter Deutschlands in Versailles, in derselben Umgebung, ein der ein **Bismarck** einmal **die Proklamation des geeinten Deutschland verlesen hat.** Eine symbolische Demütigung, wie sie schwerer in der deutschen Geschichte kaum zu finden ist. Die deutschen Delegierten "verhandeln" unter Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit über die Zukunft ihres Vaterlandes.

Wenn hier von "Verhandeln" gesprochen wird, so kann es nur mit dem Unterton bitterster Ironie geschehen. Es war keine Verhandlung, es war Diktat. Die Feindbundstaaten hatten bis in die Einzelheiten hinein die künftige Verknechtung Deutschlands in ihren Entwürfen niedergelegt. Es gab für Deutschland nur zwei Wege: Annehmen oder ablehnen!

Am 7. Mai 1919 erklärte Clemenceau zu Beginn der Verhandlungen: "Es wird keine mündliche Verhandlung geben, und die Bemerkungen werden schriftlich vorgebracht werden müssen!" Die deutschen Delegierten waren ihrer Bedeutung als Unterhändler entkleidet und schamlos zum Botengängertum degradiert.

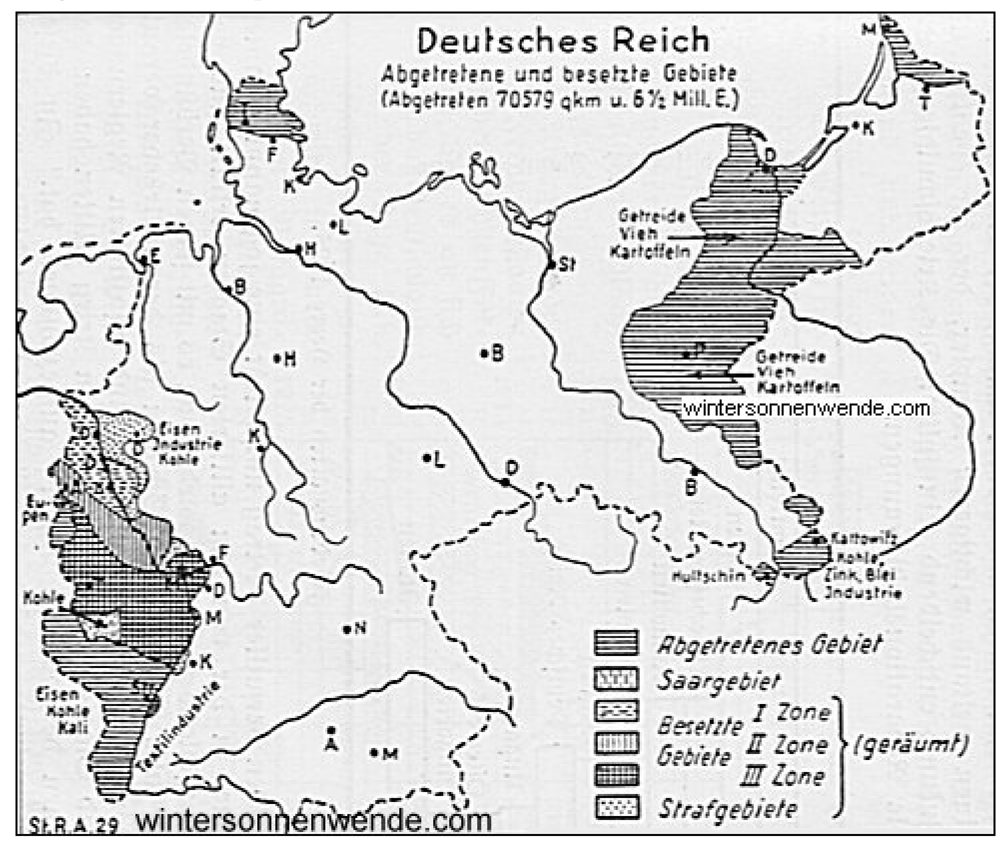
Das Schandwerk des Vertragsentwurfs wurde der Deutschen Nationalversammlung in Weimar zur Abstimmung und Ratifizierung überreicht und dort mit geringer Mehrheit angenommen.

Die Abgeordneten Müller (SPD.) und Bell (Zentrum) - eine erstmalige symbolische Einheit zwischen Schwarz und Rot - fahren nach Versailles, und dort wird am 28. Juni um 3 Uhr nachmittags der Vertrag von diesen beiden Vertretern Deutschlands unterzeichnet.

In stummer Erbitterung nimmt man diesen Schlag in Deutschland hin. Grauenvoll und drohend steht vor den anständig denkenden Deutschen die Zukunft als eine unerbittliche, fast unübersteigbare Kerkermauer. Die schwarz-roten Landesverräter frohlocken und sprechen von einer Zeit der Schönheit und Würde, der Deutschland entgegengehe. Die Stunde des gigantischen Kampfes inner-

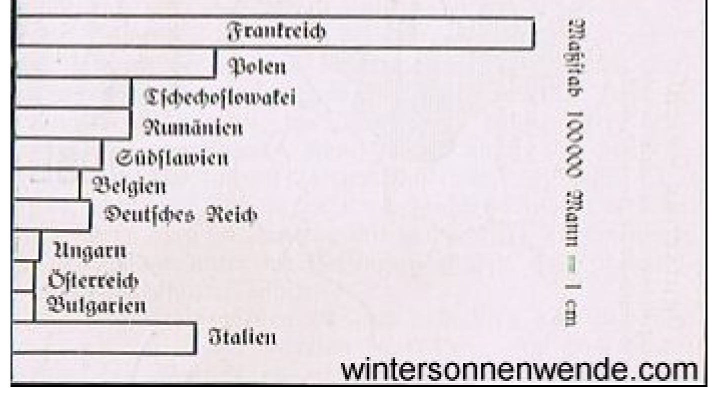
halb der deutschen Grenzen um die Zukunft unseres Volkes hat geschlagen. Jetzt gilt es, nicht nur nach außen ein bedrohtes Land zu verteidigen, sondern auch im Inneren mit den Kräften aufzuräumen, die dieses Land unter die Hoffnungslosigkeit eines Kaudinischen Jochs gebracht haben.

Fast aussichtslos schien es, aus dem Netz des Versailler Vertrages sich wieder befreien zu können. Zu groß ist der Verlust, den Deutschland erlitten hat. Der Gesamtgebietsverlust, den der Versailler Vertrag in sich schließt, beträgt für Deutschland 13% vom Mutterland. Dazu kommt **der Verlust aller Kolonien.** Die Gesamtgröße des Königreichs Bayern oder das Gesamtgebiet der beiden Provinzen Pommern und Brandenburg entsprechen nicht der Größe des vom Mutterlande abgetretenen Bodens. 10% der deutschen Bevölkerung kommt unter feindliche Oberhoheit. Die deutsche Wirtschaft verliert 89% der deutschen Handelsflotte, 17% der Kartoffelerzeugung, 15% der Getreideproduktion, 26% der deutschen Erzerzeugung, 30% der Steinkohlenförderung, 68% ihrer Zinkerze und 75% ihrer gesamten Eisenproduktion.



Deutsches Reich: Abtretungsgebiete und besetzte Gebiete.

Der Verlust an Wehrkraft ist ungeheuer. Die Grenzfestungen werden geschleift. Spätestens nach 2 Jahren darf das deutsche Heer nicht mehr als 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen besitzen. Es darf nicht stärker sein als 100 000 Mann einschließlich des Offizierskorps. **Alles deutsche Kriegsgerät ist innerhalb von 8 Wochen an die Feindbundstaaten zwecks Zerstörung abzuliefern.** Die Herstellung von Gasen, der Gebrauch von Panzerwagen, Tanks und Flugzeugen ist strikt verboten. Die allgemeine Wehrpflicht wird abgeschafft, die deutsche Kriegsflotte auf ein Mindestmaß zur Küstenverteidigung herabgesetzt.



Friedensstärken der Heere 1925.

Dies ist jedoch nur ein kleiner Teil dessen, was Deutschland auf seine Schultern laden mußte. Neben der Abgabe von Materialien und Gebiet umfaßt der Versailler Vertrag einen weitaus wichtigeren Komplex, der für

Deutschlands Zukunft entscheidend sein sollte: **Die Kriegsschuldfrage** und **die Reparationsbestimmungen.**

Den **Versailler Vertrag** umschließt eine sogenannte **Mantelnote,** in der von den allierten Staaten erklärt und von Deutschland anerkannt wird, "daß es mit seinen Verbündeten für alle Verluste und Schäden als deren Urheber verantwortlich ist, die die alliierten und assoziierten Regierungen und Staatsangehörigen durch den Krieg erlitten haben, den ihnen der deutsche Angriff aufgezwungen hat." Zu dieser Mantelnote gehört eine **Anlage,** in der dieser moralischen Niederträchtigkeit ins Ungemessene zu erweiternde Grenzen gesetzt sind. Bis jetzt war immer nur die Rede von Schadenersatz gegenüber der Zivilbevölkerung. Nun wird in 10 einzelnen Unterteilungen aufgeführt, welcher Schadenersatz außerdem zu leisten ist, u. a. Pensionen und Entschädigungsleistungen an Opfer des Krieges und an Personen, denen diese Opfer Unterhalt gewährten, die Kosten der Unterstützung, die den Kriegsgefangenen oder deren Familien geleistet wurden, Schäden, die einzelnen Personen durch Verletzung von Gesundheit, Arbeitsunfähigkeit oder Ehre von Deutschland und seinen Verbündeten zugefügt wurden. Ersatzleistungen für jegliche Art **schlechter Behandlung von Kriegsgefangenen.** Rückvergütungen der Hilfeleistungen an die Angehörigen aller von den alliierten Mächten Eingezogenen.

Diese Anlage ermöglicht den Feindbundstaaten die ungeheuerlichsten Forderungen. Da es an sich naheliegt, daß Deutschland nicht in der Lage sein wird, solche Schäden zu ersetzen, wird in einem der nächsten Paragraphen sofort gefordert, daß Deutschland innerhalb einer Frist von zwei Jahren 20 Milliarden Goldmark bezahlt. Es wird außerdem bestimmt, daß Deutschland seine gesamten Hilfsquellen erschließt und erschöpft, um diesen Forderungen gerecht zu werden. Diese Summe von 20 Milliarden Goldmark ist jedoch nur eine vorläufige, in keiner Weise bindende oder endgültige Festsetzung eines Geldbetrages zur Wiedergutmachung entstandener Kriegsschäden. Der Versailler Vertrag sieht nämlich die Gründung einer sogenannten Reparationskommission vor, welche schließlich anderthalb Jahre nach Friedensschluß die übrigen alliierten Staaten aufforderte, ihre endgültigen Schäden zu melden. Die Summe, die dort von 26 Staaten aufgeführt wurde, war derart hoch, daß sie alle Welt überraschte, selbst die Mitglieder der Reparationskommission. Sie belief sich auf 185 Milliarden Goldmark. Im Jahre 1921 wird endlich nach Abstrich einiger ganz unhaltbarer Forderungen von der Reparationskommission die Summe von 132 Milliarden Goldmark endgültig festgesetzt.

Man fragt sich, wenn man von diesen Summen hört, wie die alliierten Staaten sich den weiteren Fortgang der Wiedergutmachung überhaupt gedacht haben. Sie sind jedoch in einer Zwangslage, die sich im Verlaufe des Krieges für sie herausgebildet hat. Der Krieg hatte - besonders im Anfang, wo er den Feindbundstaaten einen Genickschlag nach dem anderen versetzte - den zunächst fast unerschöpflich scheinenden Geldsack geleert. Man war gezwungen gewesen, sich nach neuen Geldquellen umzusehen, um den ungeheuren Anforderungen der Materialschlacht gerecht werden zu können. Von Anfang an hatte man an Amerika gedacht, die verschiedenen Anleiheversuche dort schienen aber auf Widerstand zu stoßen, da in Amerika die Aufsichtsbehörden der Bundes-Reservebanken vor einem Geldverleih an kriegführende Staaten warnten; dies war eine ungeheure Gefahr für die Feindbundmächte, die sich in der Zwischenzeit daran gewöhnt hatten, ihre Kriegsgelder aus Amerika beziehen zu können.

Ein deutsches Friedensangebot des Jahres 1916 enthob sie jedoch dieser drückenden Gefahr. Dieses deutsche Friedensangebot war ein vielleicht unbeabsichtiges Schwächeeingeständnis. Die amerikanischen Finanzgrößen hatten selbstverständlich ein großes Interesse am Kriegsgewinn. Jetzt wußten sie, auf welcher Seite das Übergewicht lag.

Daß Deutschland sich noch so lange hinterher halten konnte, hat niemand geahnt.

Mit großem Eifer wurde die amerikanische Regierung dazu gedrängt, sich am Kriege gegen Deutschland zu beteiligen. Im Jahre 1917 trat Amerika in den Krieg gegen Deutschland ein, und jetzt begann der Dollar zu rollen. Der Krieg wurde das einträglichste Geschäft für die Finanziers, das man sich denken konnte. Die Schuldenlast Englands und Frankreichs bei Amerika stieg ins

Ungemessene. Dazu kamen Zinsen über Zinsen, so daß sich Amerikas Schuldner nach Beendigung des Krieges kaum mehr drehen konnten. **Der Versailler Vertrag und seine wirtschaftlichen Bestimmungen, mit denen man Deutschland bis zum Letzten erpressen wollte,** sollten nun den Schuldnerstaaten die Möglichkeit bieten, erstens im eigenen Lande wieder aufzubauen, und zweitens durch das deutsche Volk und seine Arbeitskraft alle Schulden an Amerika abzahlen zu können. Die Auspressung Deutschlands mußte um so eifriger erfolgen, als Amerika es strikt ablehnte, von seinen Forderungen abzusehen. Der Versuch, Amerika zur Streichung der Schulden zu veranlassen, wurde immer und immer wieder gemacht, selbst mit dem Versprechen, mit dieser Streichung auch die eigenen Forderungen an Deutschland zu verringern. Amerika erklärte jedoch ein für allemal, daß eine Verquickung der Schulden mit den politischen Zahlungen gar nicht in Frage käme.

Es bleibt somit nichts weiter übrig, als eben Deutschland zu schröpfen. Dieser immerwährende Aderlaß an Deutschlands Wirtschaft muß aber - das wissen auch die Franzosen und Engländer - zu einer Katastrophe führen. Man kann nur aus einer arbeitenden Wirtschaft diese Geldsummen ziehen: zerbricht man Deutschland völlig, so bekommt man keinen Pfennig mehr.

Bis dahin hatten die deutschen Politiker - anscheinend der Not gehorchend - fleißig unterschrieben. Jetzt gilt es, diese Beträge aus der deutschen Wirtschaft herauszuziehen, ungeheure Sachlieferungen aufzubringen und außerdem das stark in die Brüche gegangene Deutsche Reich innerpolitisch zu festigen. Man sieht ein, daß es unmöglich ist, die Zahlungen an die Feindbundstaaten aufzubringen. Man muß endlich - das ist auch der Wille der Feindbundstaaten - zu feststehenden Zahlungen kommen, die jährlich aufzubringen sind. So tritt im Frühjahr 1921 die Reparationskommission in London zu einer Konferenz zusammen, in der man die zu zahlende Summe von 132 Milliarden Goldmark in Jahreszahlungen aufteilen will. Das dort aufgestellte sogenannte Londoner Ultimatum fordert von Deutschland die Übergabe von Schuldverschreibungen in der Gesamtsumme von 132 Milliarden. Diese Schuldverschreibungen werden in drei Reihen aufgestellt

a) über 12 Milliarden,
b) über 38 Milliarden,
c) über 82 Milliarden.

Davon deckt allein die Hälfte schon die Gesamtkriegsschuld der alliierten Staaten. Die Verzinsung dieser Schuldverschreibungen wird so festgesetzt, daß 2 Milliarden jährlich von Deutschland fest zu zahlen sind, zuzüglich der fälligen Raten, außerdem 26% der gesamten deutschen Ausfuhr. Die Gesamtsumme von 132 Milliarden Goldmark wird so aufgeteilt, daß sie innerhalb von 30 Jahren zurückzuzahlen ist. Vergleichend sei hier erwähnt, daß zu jener Zeit das gesamte deutsche Volksvermögen 150 Milliarden betrug, also nur wenig mehr als die Summe der ausgegebenen deutschen Schuldverschreibungen.

Zurückblickend kann man es heute kaum verstehen, daß sich seinerzeit eine deutsche Regierung zur Anerkennung dieser Forderungen bereitfand. Die Erfüllungspolitiker aber, an der Spitze der damalige Reichskanzler Dr. Wirth (Zentrum), waren fest entschlossen, im Sinne des anerkannten Kriegsschuldparagraphen für eine Annahme des Ultimatums im Reichstag Sorge zu tragen. Zu jener Zeit sprach der Minister und Jude Rathenau den Satz aus, daß es keine Unerfüllbarkeit solcher Verträge gäbe, denn es handele sich lediglich darum, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen dürfe; derselbe Jude, welcher erklärt hatte, daß nur 300 Männer die Welt regierten, die sich untereinander genau kennen, - gemeint war die jüdische Hochfinanz.

Der Zentrumskanzler Wirth hatte es mit solchen Ratgebern nicht schwer, das Ultimatum vom Reichstag annehmen zu lassen. Unter jenem schwarz-rot-jüdischen System war es auch möglich, daß zur restlosen Ausplünderung des deutschen Volkes zum **Inflationsverbrechen** gegriffen wurde, und die breiten Massen des Volkes dadurch ihres letzten wirtschaftlichen Halts beraubt wurden.

Deutschland hat das erste Gefecht im Kampf um sein weiteres Bestehen verloren. Durch die gemeinsame Ausplünderungspolitik international zusammenhängender Juden und Freimaurer war es arm, bettelarm geworden. Fast aussichtslos und hoffnungslos schien der Kampf, den das kleine

Häuflein aufrechter Deutscher damals führte. Nationale Geheimbünde, Männer, die weder Gefängnis noch Tod fürchten, schlagen sich dennoch erbittert auf verlorenem Posten für Volk und Land. Von eigenen Volksgenossen verraten, geschmäht und als Fememörder verschrien, urteilten und vollstreckten sie, wenn niemand sich fand, die Landesverräter zu strafen, indem sie sich selbst das Recht nahmen, Richter zu sein.



Der Ruhrkampf

> ***Scriptorium merkt an:***
> *einen weiterführenden Beitrag zum Ruhrkampf finden Sie hier:*
> ***Gebietsbesetzung: Rhein-, Main- und Ruhrgebiet***

Im Mai 1922 nimmt der Reichstag **das Londoner Ultimatum** an und erklärt die deutsche Wirtschaft für fähig, diese Zahlungen zu leisten. Bereits im Juli tritt die erste Stockung ein; nachdem der Reichskanzler Wirth schon Ende des Jahres 1921, also vor dem Londoner Ultimatum, einen außerordentlich hohen Kredit in London beantragt und von der Reparationskommission erhalten hat, verlangt diese, daß die deutsche Regierung eine Reform des deutschen Steuersystems zulassen solle. Die Reparationskommission müsse aber das Recht einer weitgehenden Überwachung aller gesetzgeberischen Maßnahmen haben. Selbstverständlich - wie dies auch ganz im Sinne der Erfüllungspolitiker ist - wird dieser Forderung nachgegeben und damit den Feindbundstaaten die Möglichkeit eröffnet, die deutsche Staatshoheit ihrer Souveränität zu entkleiden.

Im Juli 1922, also zwei Monate nach dem Londoner Abkommen, muß eine neue Stundung beantragt werden, die in ihrer Folge zu weiteren Forderungen der Ententestaaten führt. Die zur Überwachung der deutschen gesetzgeberischen Maßnahmen bereits eingesetzte Kontrollkommission soll nun auch zur Kontrolle des deutschen Staatshaushalts und der Gesamtverwaltung autorisiert werden. Das besagt nichts anderes, als daß Deutschland nunmehr nicht nur seiner Wehrhoheit sondern auch seiner inneren Verwaltungshoheit beraubt wird. Der Reichstag nimmt - wie immer - diese Forderung an.

Im August steht die Regierung wiederum vor der Unmöglichkeit, zu zahlen, und bittet um Aufschub. Die ganze Rachsucht der französischen Politiker, die auch den einzelnen Deutschstämmigen nicht schont, zeigt sich darin, daß daraufhin auf Poincarés Veranlassung die Bankguthaben der Reichsdeutschen in Elsaß-Lothringen beschlagnahmt werden. Deutschland **muß** zahlen. Als daraufhin Deutschland wenigsten einen Teil bezahlt, ist Frankreich wiederum nicht zufrieden und weist 1000 Reichsangehörige aus Elsaß-Lothringen aus; deren Gesamteigentum wird beschlagnahmt und verkauft.

Die deutsche Regierung tritt zurück wie immer, wenn eine Verantwortung zu übernehmen ist. Die schwarz-roten Politiker überlassen anderen das Auslöffeln der Suppe, welche sie einbrockten. Der Volksparteiler Cuno übernimmt die Führung des neuen Kabinetts, jedoch auch wieder unter Tolerierung der SPD.

Ende 1922 wird wiederum eine Stundung beantragt. Im Dezember 1922 jedoch tritt schon ein Ereignis ein, welches der deutschen Wirtschaft einen neuen fast nicht zu ertragenden Schlag versetzen sollte. Die Reparationskommission stellt fest, daß Deutschland mit verschiedenen Sachlieferungen in Holz und Kohlen im Rückstand ist. Man unterschiebt ihm eine böswillige Absicht, und trotzdem die deutsche Regierung erklärt, sie würden die fehlenden Sachlieferungen durch Barzahlung ersetzen, wird beschlossen, ein "Kontrollkomité!" von Ingenieuren in das Ruhrgebiet zu entsenden, um die deutschen Kohlenlieferungen zu überwachen. Zum Schutz dieser Ingenieurkommission **marschieren im Januar 1923 40 000 Franzosen mit Tanks, Fliegern und schwerer Artillerie im Ruhrgebiet ein.** In Deutschland flammt eine Welle nationalen Widerstandes auf. Die jungen Kämpfer um Deutschlands Ehre und Freiheit stehen geschlossen im Kampf an der Ruhr. **Schlageter fällt durch französische Kugeln.** Arbeiter der **Krupp**werke werden von französischen Truppen auf dem Fabrikhofe erschossen. Eine unendliche Leidenszeit setzt für die Ruhrbewohner ein.

Die SPD., diese Partei, welche jeden Widerstand haßt und nur die Erfüllungspolitik in jeder Form anerkennt, greift den Reichskanzler Cuno an und erzielt im Verein mit einem müden, schlappen Spießervolk der parlamentarischen Mitte den Sturz der Regierung. Stresemann wird Reichskanzler. Der Widerstand an der Ruhr wird aufgegeben, und im September 1923 wird auf Grund der wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands durch die **Inflation,** welche damals in vollem Gange war, der Ruhrkampf abgebrochen.



Aus dem besetzten Rheingebiet. Französische Wachtposten auf der Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen. Photo: Scherls Bilderdienst.

Die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft ist nahezu erreicht, die Unmöglichkeit der festgesetzten Zahlungen erwiesen. Wieder heißt es, einen neuen Weg zu finden, um aus Deutschland noch mehr herauszuholen, gleichzeitig aber Deutschlands politische Freiheit weiter einzuschränken. Die Regierung Cuno hat sich im Laufe des Jahres 1923 bereits mehrfach mit der Reparationskommission in Verbindung gesetzt und sich zu Eingeständnissen unerhörtester Art bereit erklärt. Sie schlug vor, man solle davon abgehen, eine feste Summe für **die Reparationen** festzusetzen, vielmehr über ein System von Jahresleistungen verhandeln, deren Höhe eine internationale Kommission festsetzen solle. Als Garantie für die Jahresleistungen wurde die Verpfändung von Zöllen und indirekten Steuern, sowie die Umwandlung der Reichsbahn in ein Privatunternehmen, welches mit 10 Milliarden Goldmark Obligationsschuld belastet werden soll, vorgeschlagen. Außerdem eine Belastung der gesamten deutschen Wirtschaft mit einer Obligationsschuld von 10 Milliarden Goldmark. Beide, sowohl die Reichsbahn- wie die Wirtschaftsobligationen, sollten mit 5% verzinslich sein.

Dieser Vorschlag der Regierung kam den Ententestaaten keineswegs ungelegen. England und Amerika einigten sich dahingehend, daß eine Sachverständigenkonferenz über eine Neulösung der Reparationsfrage verhandeln solle. Somit war der Weg zum sogenannten Dawes-Plan gewiesen, der Deutschland in weiteres namenloses Elend führen sollte.

Der Ruhrkampf, die dauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Erbitterung des Volkes über den jüdischen Inflationsschwindel und die innerpolitische parteiliche Zerrissenheit öffnen vielen tausend Deutschen die Augen über das, was gespielt wurde. Zum ersten Male vor breiter Öffentlichkeit tritt ein Mann auf, der einen Schlußpunkt setzen will unter die furchtbare Verknechtung seines von ihm heiß geliebten Vaterlandes. Im November 1923 marschiert **Adolf Hitler mit seiner SA.** in München mit dem festen Entschluß im Herzen, das Steuer der deutschen Politik an sich zu reißen. Verrat und Feigheit lassen den Versuch scheitern. Deutschlands bester Mann wurde nach dem Mißlingen des Putsches in München eingekerkert und dadurch den Erfüllungspolitikern die Möglichkeit gegeben, Deutschland nicht der Freiheit, sondern weiteren Niederlagen entgegenzuführen.



Der Dawes-Plan

Für die Erfüllungspolitiker scheint alles in bester Ordnung. Das von den deutschen Regierungsvertretern hochherzig gemachte freiwillige Angebot wird von den Feindbundstaaten aufgegriffen, und im Januar 1924 treten die Akteure der internationalen Banken und Börsen (sprich: Delegierte der Entente) zusammen, um die bereits am Horizont der schwarz-roten Brüder auftauchende Dawes-Sonne in Erscheinung treten zu lassen. Wiederum ist Paris der Ort der Verhandlung. 10 Vertreter von Belgien, England, Frankreich und Amerika setzen den Dawes-Bericht auf, der am Schluß wie-

der einmal ein Netz von neuen Versklavungsbestimmungen enthält. Stresemann, Marx und Genossen sprechen von der endlich sich zeigenden Vernunft, vom Verständigungswillen der Feindbundmächte und sind äußerst befriedigt, dem deutschen Volk die Früchte ihrer Politik in den Schoß werfen zu können.

> ***Scriptorium merkt an:***
> *zwei weiterführende Beiträge zum Dawes-Plan finden Sie hier:*
> ***Geschichtliche Entwicklung der Reparationsfrage bis zum Dawesabkommen***
> *und*
> ***Der Dawes-Plan und seine Durchführung***

Man hält es heute kaum für möglich, daß Männer, die zu jener Zeit als Wirtschaftsführer, als geschickte Jongleure der internationalen Finanzfragen angesehen wurden, auf den plumpen Schwindel des Dawes-Planes hereinfielen. In dicken Schlagzeilen konnte man in der Systempresse lesen, daß die Grundlage zum neuen Plan die Erkenntnis der Alliierten sei, die deutsche Leistungsfähigkeit müßte dauernd im Auge behalten werden, wenn man das ganze Reparationsproblem sachkundig lösen wolle. Die alliierten Staaten waren sich darüber klar, daß alle Schwierigkeiten in der Lösung der Reparationsfrage auf der Tatsache beruhten, daß man nicht allen Feindbundstaaten auf der Grundlage der bisherigen Verträge gerecht werden konnte. Es mußte also ein Plan geschaffen werden, nach dem sowohl alle Staaten in ihren Ansprüchen befriedigt werden konnten, zum anderen Male aber auch dem deutschen Volke, das zum großen Teil bereits mißtrauisch geworden war und sich in Opposition befand, die Augen neuerdings verklebt werden konnten. An sich hätte es bereits für jeden Deutschen genügen müssen, wenn er las, daß als Grundlage des ganzen Vertrages wiederum die einmal festgelegten und unumstößlichen Fundamente des **Versailler Vertrages** gedacht waren. Man scheute sich aber in der deutschen Judenpresse nicht, von wirtschaftlicher Erholung der Völker, vom Zeitalter des Glücks und des kommenden Wohlstandes zu sprechen.

Um einer Ablehnung seitens Deutschlands von vornherein vorzubeugen, wurde als Druckmittel von seiten der Ententestaaten die Drohung ausgesprochen, daß eine *Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung die absichtliche Wahl einer Fortdauer wirtschaftlicher Zerrüttung bedeute, die dahin führen würde, das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend zu stürzen.*

Im Juli 1924 beginnen die Verhandlungen. Nach dem Grundsatz, daß der Versailler Vertrag und seine Grundlagen auch hier - wie der Franzose Barthou sagte - die Magna Charta sei, wird die Kriegsschuldenfrage gar nicht erwähnt, keine Erleichterung durchgeführt und keine Endsumme der deutschen Verpflichtungen festgesetzt. Des weiteren denkt niemand daran, das alles in Abzug zu bringen, was von Deutschland bereits geleistet worden war. Im Gegenteil: Man versteigt sich sogar zu der zynischen Äußerung, daß Deutschland ja durch die Inflation seine innere Staatsschuld getilgt habe, und somit für die Zukunft leistungsfähiger sei. Keiner unserer Regierungsvertreter protestiert dagegen. Die Mehrzahl des deutschen Volkes sieht gläubig zu seinen Führern auf, und trotzdem Anfang Mai des Jahres 1924 die Reichstagswahlen einen erheblichen Verlust - zum Teil bis zu 35% - für die Systemparteien erbringen, kann mit einer geringen Mehrheit weiterregiert werden.

Wie sieht nun der vielgerühmte neue Zahlungsplan aus:

1. Deutschland hatte sich von dem Gespenst der Inflation durch die feste Rentenmark befreit. Diese Rentenmark war für das internationale Bank- und Börsenwesen eine außerordentlich unbequeme Erscheinung. Amerika mußte sein Gold abstoßen. Die an der Goldgewinnung interessierten Kreise erkennen mit Sorge in der Rentenmark eine neue Gefahr für den Absatz der bereits in zu großer Höhe vorhandenen Goldbestände. Außerdem hätte Deutschland sich durch die Rentenmark, die unabhängig vom Währungsschwindel der Devisenbörse war, in einem wesentlichen Punkte der Kontrolle des internationalen Bank- und Börsenwesens entzogen. Das darf nicht geschehen, man schreibt also vor, daß zunächst einmal die Goldwährung wieder eingeführt werden müsse, daß die Reichsbank nach von den Ententestaaten vorgeschriebenen Grundsätzen umorganisiert werden müsse und der Aufsicht der Reparationskommissionen zu unterstellen sei. Sie solle die Aufgabe etwa der alten Reichsbank wieder erhalten aber absolut unabhängig von der deutschen Regierung und von den Feinden beaufsichtigt sein.

Eine interessante Tatsache bleibt bei dieser Neugründung der Reichsbank zu bemerken, welche Dr. Dallmayr in seiner Schriftenreihe *Der große Raubzug* anführt, und welche hier dem Leser nicht vorenthalten werden soll:

> "Im »Plan für die Einrichtung einer Notenbank« ist ganz klar auseinandergesetzt, wie sich die neue Bank ihr Betriebskapital von 400 Millionen Goldmark zu beschaffen habe: durch Ausgabe von Aktien, wovon 3 Millionen Stück zu je 100 Goldmark in Deutschland und im Ausland zur Zeichnung aufgelegt werden, während der Rest von einer Million Aktien »die Aktiva der alten Reichsbank vertreten« solle. Auf deutsch heißt das: Den Anteilseignern der früheren Reichsbank werden die alten Anteilsscheine abgekauft. Zahlung erfolgt nicht in bar, sondern mit neuen Anteilscheinen. Da die alte Reichsbank ein Kapital von 180 Millionen Papiermark hatte, ist dieses Papiermarkkapital mit über 50% aufgewertet worden. Die braven Dawesleute haben in den armen Anteilseignern die stammverwandten Brüder entdeckt und haben ihnen den Balsam der 50%igen Aufwertung auf die Inflationswunden geträufelt. Ein kluger Schachzug! Damit hatten sie sich mit einem Schlage die Sympathien der Großaktionäre gewonnen sowie die bewundernde Anerkennung der Judenpresse von Mosse bis Ullstein. Und dem deutschen Volke wurde vorgeschwindelt, die Anleihe diene dazu, das Kapital der neuen Bank zu beschaffen!"

2. Die deutsche Reichsbahn, seinerzeit von **Bismarck** als gemeinnützige Einrichtung, die dem Staate und dem Volke dienen und kein Erwerbsinstitut sein sollte, gegründet, wird in eine Privatgesellschaft umgewandelt, aus deren Erträgen die weiteren Tributleistungen fließen sollen. Die Reichsbahn haftet mit dem gesamten Betriebe und seinem realen Wert für den ihr auferlegten Tributanteil.

Nun wurde das etwa nicht so gemacht, daß die Reichsbahn aus ihrer offenen Bilanz jeweils bestimmte Summen abzugeben habe, nein: man mußte diesen staatspolitisch wichtigen Teil des Deutschen Reiches in absolute Abhängigkeit von der internationalen Hochfinanz bringen und bestimmte, *daß die deutsche Reichsbahngesellschaft in Höhe von 11 Milliarden an das Ausland verschuldet werden sollte.* Diese 11 Milliarden entsprachen etwa dem Effektivwert der deutschen Reichsbahn. Den Zinsendienst, der etwa 660 Millionen jährlich betragen sollte, und somit an den Gläubiger zu zahlen war, war gleichbedeutend mit nur einem Teil der zu leistenden Tributabgaben. Der Rest an Tributgeld, den die Reichsbahn aufbringen mußte, ergab sich aus einer Beförderungssteuer von 290 Millionen.

Seit jener Zeit kann man mit Fug und Recht die Deutschen Reichsbahn als Dawes-Bahn bezeichnen, denn sie ist tatsächlich nur dazu da, Tributbeträge herauszuwirtschaften. Dieses ganze Tributverschleierungsmanöver der Verschuldung und des Zinsendienstes hatte letztlich seine Bestimmung darin, daß an den Tributzahlungen das internationale Bank- und Börsenwesen verdienen wollte, indem die Verschuldungspapiere der Reichsbahn hin- und hergehandelt werden konnten, und damit Millionenbeträge in die Taschen des Judentums flossen.

3. Genau wie mit der Reichsbahn verfährt man auch mit der freien deutschen Wirtschaft. Sollte Deutschland als Tributstaat auf dem Niveau eines Koloniallandes ohne jede Bedeutung dastehen, dann kann man nicht dulden, daß es "eine freie deutsche Wirtschaft" gibt. Außerdem arbeitet ja die Wirtschaft für die Sachlieferungen. Es bietet sich hier also eine neue Quelle, aus der man schöpfen kann. An dieser Quelle vorbeizugehen, ohne sie auszunutzen, wäre eine Unterlassungssünde gewesen, die das internationale Judentum sich nie verziehen hätte. Die Wirtschaft wird also mit 5 Milliarden verschuldet, die Zinsen in Höhe von etwa 300 Millionen dienen der Tributzahlung. Auch hier können die Schuldpapiere restlos verschachert werden.

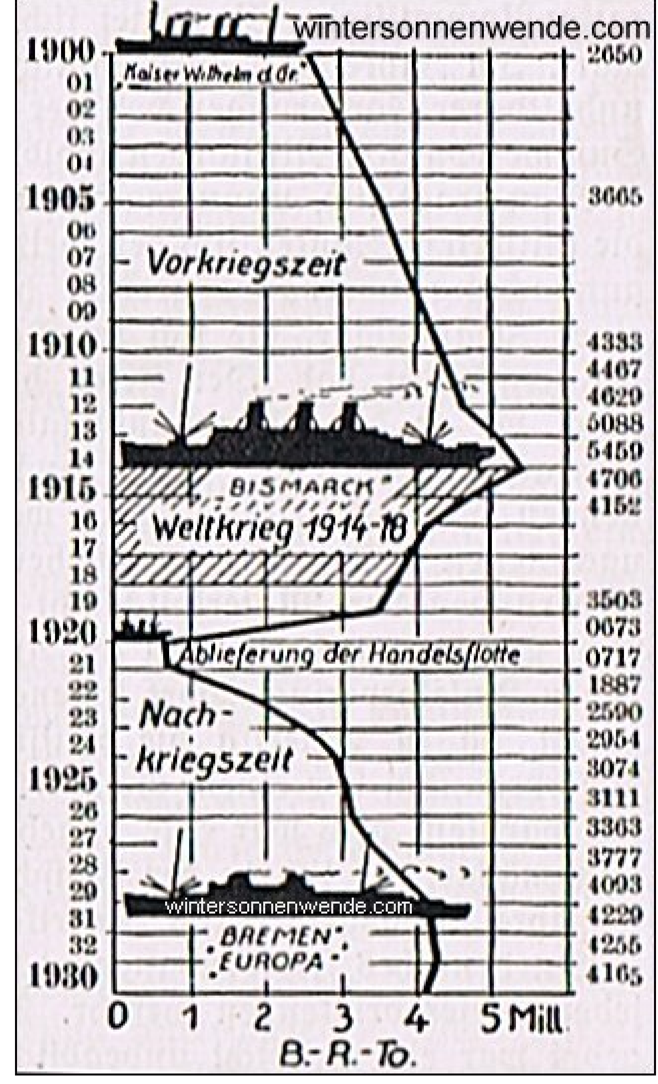
4. Es gibt für das Deutsche Reich noch eine bis dahin nicht in vollem Maße in Anspruch genommene Einnahme, nämlich die Steuern, welche der schon zum Ausbluten geschröpfte deutsche Staatsbürger zu zahlen hat. Man schlägt also vor, daß Deutschland vom dritten Jahre der Gültigkeit des Dawes-Planes im ersten Jahre 110 Millionen, im zweiten 500 Millionen und vom Jahre 1928 ab 1,25 Milliarden jährlich neue Steuern auszuschreiben und diese voll und ganz zur Zahlung von Tributen abzuführen habe. Vom sechsten Jahre ab tritt die Errechnung eines sogenannten Wohlstands-

Indexes in Kraft. Man nimmt nämlich an, daß die deutsche Wirtschaft sich inzwischen derartig erholen wird, daß man sehr wohl eine Erhöhung der aus den Steuern zu zahlenden Beträge eintreten lassen kann; und zwar errechnet man diesen Index aus dem gesamten Wert des deutschen Verbrauchs in Zucker, Tabak, Bier, Branntwein usw. Weiterhin aus der Bevölkerungsziffer Deutschlands und letztlich aus dem Verbrauch an Kohle pro Kopf der Bevölkerung.

Etwas über 20 Milliarden beträgt damals das jährliche deutsche Volkseinkommen. Ein Drittel davon muß der Steuerzahler bereits aufbringen. Diese neue Erpressung bedeutet einen Druck auf die Löhne, längere Arbeitsstunden des Einzelnen, geringe Gewinne und überschraubte Steuern. Wie schon oben erwähnt, werden diese Maßnahmen damit begründet, daß Deutschland, wenn es keine Inflation gehabt hätte, einen inneren Zinsendienst von mehreren Milliarden zu leisten hätte. Diesen Zinsendienst hätten ja die alliierten Staaten ihren Gläubigern gegenüber auch zu tragen. Und warum soll es Deutschland besser gehen? Würde ihm diese Belastung nicht auferlegt, dann wäre es im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten im Vorteil, da es günstigere Produktionsbedingungen hätte und geringere Unkosten.

Die Unverfrorenheit dieser Behauptungen ist wohl jedem klar. Deutschland hat ja durch die Inflation seine Lage nicht verbessert, sondern hat die Hauptgrundlagen seiner Wirtschaft, die Menge der mittleren und kleinen Sparer restlos verloren;außerdem seine Hauptproduktionsgebiete, das Rheinland, Ruhrgebiet, **Elsaß-Lothringen** und den **Korridor.** Es hat seine Handelsflotte und **seine Kolonien abgeben müssen** und - was nicht zu unterschätzen ist - **es hat die für den deutschen Export in Frage kommenden Auslandsstaaten durch den langen Krieg als Absatzgebiet verloren.**

Angesichts solcher Behauptungen aber schreibt die deutsche Systempresse, von den Souffleuren der Erfüllungsparteien unterstützt, von einer Politik der Verständigung und reinen Vernunft.



Um sich die ganze Ungeheuerlichkeit der Daweszahlungen vergegenwärtigen zu können, muß man sich vor Augen führen, was einmal zuverlässig errechnet wurde: In einem Dawes-Jahr betragen die Zahlungen Deutschlands in jeder Minute 4750 Mk. Aus dieser Zahl im Blickpunkt des täglichen Lebens mag erhellen, wie entsetzlich Deutschland belastet wurde.

Eins aber ist den Auslandsstaaten klar, und damit kommen wir zu einem der Hauptpunkte für die ganze zukünftige Entwicklung des Reparationsproblems: daß die ungeheure Summe, die Deutschland als Tributzahlung auferlegt wurde, unter keinen Umständen ungehemmt und frei in den Weltzahlungsverkehr einzuschalten sei. Die einzelnen Gläubigerstaaten drängen im Laufe der Aufstellung des Dawes-Planes darauf, daß ihre Tributanteile in der jeweiligen Währung zu zahlen seien. Diese Klausel schließt aber eine große Schwierigkeit ein. Werden nämlich derart große Geldsummen deutscher Währung auf Auslandsbörsen gegen Devisen eingetauscht, so sinkt der deutsche Markwert erneut, und die Inflation steht wieder vor der Tür.

Deutschland hat - so bestimmte der Plan - die Tributbeträge in deutscher Mark auf ein eigens für diesen Zweck eingerichtetes Konto des Reparationsagenten, welcher zur Beaufsichtigung

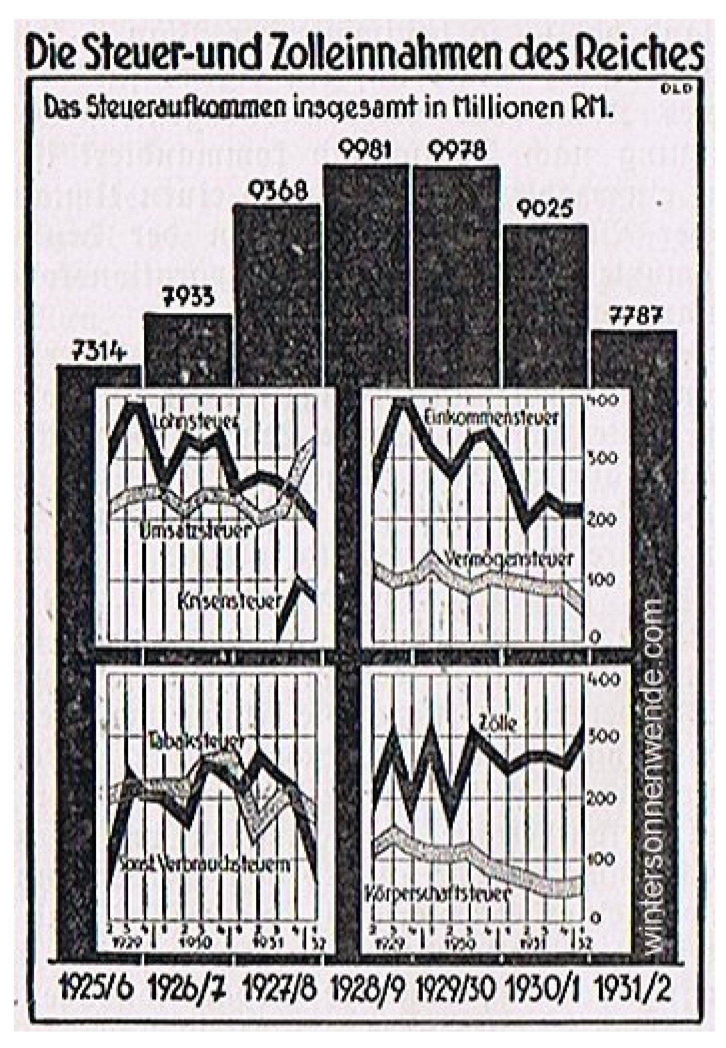
nach Deutschland kommandiert ist, bei der Reichsbank einzuzahlen. Würde durch einen Umtausch höherer deutscher Markbeträge in Devisen der deutsche Kurs sinken, so müßte sich die auf dem Reparationskonto eingezahlte Summe ebenfalls entwerten.

Der Reparationsagent hat nun die Aufgabe erhalten, die eingezahlten deutschen Markbeträge an die Gläubigerstaaten in Devisen weiterzuleiten. Seine Lage ist dadurch erschwert worden. Ungefährlich wäre es gewesen, die Zahlungen aus dem deutschen Exportüberschuß zu leisten. Wenn z. B. Deutschland mehr Ware ausgeführt hätte als es selbst vom Ausland einführte, so wäre eine bestimmte Menge an ausländischer Währung in Deutschland vorhanden, welche gefahrlos hätte umgetauscht werden können. Dagegen stehen aber zwei Bedenken. Erstens die Angst der fremden Industrien vor ungehinderter Überschwemmung durch deutsche Waren, zweitens, daß die Menge der gefahrlos in Zahlung kommenden Tributbeträge zu gering ist im Vergleich zur Reparationssumme, welche aufgebraucht werden muß. Man steht hier vor einer Schwierigkeit, die restlos und zur Zufriedenheit nicht gelöst werden kann. Man schützt sich schließlich notdürftig dadurch, daß der Reparationsagent autorisiert wird, gemäß nachstehende Schutzklausel zu handeln. Da die Einwechselung der auf das Konto des Reparationsagenten geleisteten deutschen Zahlungen ohne ausländische Valuten "Transferierung" genannt wird, gibt man dieser Schutzklausel den Namen "Transferschutz".

Der Transferschutz sieht nun vor, daß bei Schwierigkeiten in der Transferierung der Reparationsagent bis zu 5 Milliarden deutsche Zahlungen uneingewechselt lassen kann, um sie irgendwo und irgendwie in Deutschland anzulegen. Übersteigt die angelaufene Summe die Höhe von 5 Milliarden, so kann die Zahlung Deutschlands bis auf ein Maß herabgesetzt werden, wie es für die Devisenankäufe gerade noch möglich ist, ohne die Weltwirtschaft zu gefährden.

Diese Transferklausel taucht später in jeder Reparationsverhandlung wieder auf und bildet den Kernpunkt des Reparationsproblems.

Den Gläubigerstaaten ist es - obwohl sie Deutschlands Armut offiziell nie anerkennen möchten - klar, daß es diese ungeheuren Zahlungen nicht ohne weiteres wird leisten können. Man schließt aus dieser Erkenntnis deutscherseits sofort, daß die Gläubigerstaaten wohl wüßten, daß die Vorteile aus dem Dawes-Plan einer gewissen Anlaufzeit bedürften, und so glaubt der derzeitige Finanzminister Luther es verantworten zu können, die Annahme einer von Amerika angebotenen Anleihe zur Ankurbelung der Wirtschaft in Höhe von 800 Millionen zu befürworten. Diese Anleihe soll dazu dienen, die neue Bank und die deutsche Währung zu untermauern und zu stützen.



Natürlich muß eine Anleihe in so großer Höhe "absolut sicher sein". Als Sicherheit dient dem Verleiher der gesamte Ertrag aus Zöllen und Steuern bei Tabak, Bier und Zucker in Deutschland. Eine bessere Sicherung gab es nirgends auf der Welt. Nun hätte dieses Anleihegeschäft so wie jedes andere unter reellen Geschäftsleuten eine Anlage fremden Kapitals auf längere Sicht nur zum Zwecke des Zinsendienstes sein können. Aber wie in allen mit der Reparationsfrage

zusammenhängenden Erörterungen muß auch hier etwas ganz besonderes in Aktion treten. Die klugen Vertreter der Feindbundstaaten sagen dem dummen Deutschland nichts von ihren Absichten, desto gründlicher werden sie in der Zukunft durchgeführt. *Innerhalb eines Jahres versteht es der Reparationsagent Parker Gilbert, fast das gesamte Geld der Anleihe wieder in die Hände der Feindbundstaaten zu führen, indem er nämlich mit Hilfe dieses Geldes die deutsche Sachlieferung an das Ausland bezahlt. Das bedeutet soviel, als wenn z. B. ein Geschäftsmann sich 1000 Mark leiht, dafür hohe Zinsen bezahlt, um dann an seine Gläubiger für das geliehene Geld Waren zu übergeben.*

Die 800 Millionen sind innerhalb eines Jahres für die Bezahlung von Sachlieferungen ausgegeben, Deutschland muß jedoch diese einmal aufgenommenen 800 Millionen weiter verzinsen und eines Tages wieder zurückzahlen.

Als der Dawes-Pakt der deutschen Regierung zur Entscheidung vorliegt, haben wir, wie bereits erwähnt, eine starke Opposition im Reichstag, die aber bei weitem nicht dazu ausreicht, einen solchen Plan abzulehnen.

Man sollte meinen, daß die Vertreter der Deutschnationalen, die in ihren Versammlungen scharfe Kritik am Verhalten der Erfüllungsparteien übten und in ihren Reihen die sogenannten "Köpfe" der deutschen Rechten sitzen hatten, die Falle des Dawes-Planes erkennen und sich gegen diesen wenden müßten. Aber weit gefehlt. Wie alle anderen parlamentarischen Parteien umfaßt auch die Deutschnationale Volkspartei trotz **Bismarck**, trotz Konservatismus und nationaler Abwehr noch genügend Vertreter von Einzelinteressen, als daß die Einheit dieser "Rechtsfront" gewahrt bleiben könnte. Mit Hilfe eines großen Teiles der Deutschnationalen, welche für Annahme des Dawes-Paktes stimmt, soweit die Paraphierung dieses Paktes verfassungsändernd ist, wird das Dawes-Abkommen angenommen und dem deutschen Volke als eine für die Zukunft kaum tragbare Last aufgebürdet. Wieder ein Kapitel deutscher Parlamentsgeschichte, das sich würdig den vorhergehenden anschließt! Dem deutschen Volke wird nicht gesagt, daß es sich in diesem Netz von teuflischen Bestimmungen rettungslos verstricken muß. Die Industrie glaubt, durch weitgehende Kredite lebensfähig zu bleiben. Man ist überzeugt davon, daß die Aufnahme von Geld Arbeit schafft, und glaubt nicht denen, die immer und immer wieder behaupten, daß zwangsläufig der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft nur eine Frage der Zeit ist.



Locarno

Einer der Brocken, der dem deutschen Volke als Lockmittel zur Annahme des Dawes-Paktes hingeworfen wurde, war die Bestimmung, daß sich Frankreich verpflichtet, nach Annahme des Abkommens das besetzte Ruhrgebiet zu räumen und später auch die Räumung der außer dem Ruhrgebiet noch besetzten Teile um Dortmund-Höhe und des Gebiets Düsseldorf-Duisburg-Ruhrort zu vollziehen.

Bereits im Sommer 1924 beginnt seitens der Feindbundstaaten die Vorbereitung zu einer neuen Offensive gegen Deutschland, welche den letzten Akt der Versklavung darstellen sollte. Wehrhoheit, Wirtschaftshoheit, Finanzhoheit, alles war Deutschland im Laufe der Jahre genommen worden. Wie der Nationalsozialist Dr. Goebbels später einmal sagt, befanden wir uns auf der Stufe eines Negerstaates. Man beabsichtigt aber noch weitere Zugeständnisse aus Deutschland zu erpressen. Den ganzen Sommer über durchschnüffelt eine **alliierte Militärkommission** Deutschland, um festzustellen, wie weit die Abrüstungsverpflichtungen erfüllt seien. Der Erfolg dieser Kontrolle konnte nur die Feststellung sein, daß Deutschland seine Verpflichtungen *nicht* restlos erfüllt habe. Man beanstandet, daß die deutsche Zivilfliegerei nicht genügend eingeschränkt ist, daß die Rüstungsindustrie nicht schnell genug umgestellt wurde usw.

Diese Feststellungen bringen die armen Erfüllungspolitiker wiederum in arge Bedrängnis. Man

weiß, daß Frankreich nun, nachdem es in wirtschaftlichen Fragen kaum noch Erfolge buchen konnte, auf dem Gebiete der militärischen Sicherheit versuchen wird, Deutschland in eine neue Zwangslage zu bringen. Schließlich erklärt Frankreich, daß die in Aussicht stehende und nach dem Versailler Vertrag festgesetzte weitere Räumung des Rheinlandes gar nicht in Frage käme, da die nötigen Voraussetzungen zu dieser Räumung besetzter Gebiete nicht vorhanden seien. Frankreich unterstützt diese Taktik dadurch, daß es seine Außenpolitik darauf abstellt, einen neuen Block gegen Deutschland herzustellen, der letztlich dazu dienen soll, das gesamte linke Rheinufer von Deutschland loszulösen, eine Taktik, die durchaus in den Rahmen der brutalen Machtpolitik Frankreichs paßt, wenn sie auch schon über die festgesetzten Artikel des Versailler Vertrages hinausgreift.

Hier fühlt sich **Stresemann,** der damalige Außenminister, verpflichtet, vorsorglich einzugreifen und unter dem Schlagwort "Allgemeine Sicherheiten" die Gefahr abzuwenden. Die deutsche Regierung macht auf Vorschlag Stresemanns ein freiwilliges Angebot auf der Grundlage, daß die gegenseitige Garantie der Westgrenzen von den daran interessierten Staaten noch einmal endgültig niedergelegt werden solle. Dies ist überflüssig insofern, als ja der Versailler Vertrag von den Feindbundstaaten bei jeder Verhandlung immer wieder als die feste Grundlage für alle Aktionen bezeichnet wird. Wäre das Selbstbewußtsein der deutschen Politiker nur einigermaßen fest gewesen, so hätten sie eine neuerliche Garantie der Grenzen gar nicht zur Diskussion gestellt.

Zunächst ist Frankreich über diese neue Wendung der Dinge gar nicht sehr erbaut. Und es entwickelt sich wiederum eine Situation, die bemerkenswert ist: Gegenüber den brutalen Hegemoniebestrebungen Frankreichs steht das Interesse der internationalen Hochfinanz Englands und Amerikas, die, nicht blind vor Habgier wie Frankreich, weiter denkt und weiß, daß die in Deutschland immer stärker werdende parteipolitische Opposition zur sicheren und friedlichen Weiterentwicklung der Dawes-Absichten nicht beitragen kann. Sie sieht in dem freiwilligen Anerbieten Deutschlands eine Möglichkeit, den deutschen Staat in eine neue außenpolitisch härtere Bindung zu legen. Auf einen Regiewink Englands und Amerikas hin fügt sich Frankreich deren Absichten und beschreitet nun seinerseits den erprobten Weg eines Gegenangebotes, worin enthalten ist, daß ein zu tätigendes neues Abkommen unter keinen Umständen die durch den Versailler Vertrag garantierten Grenzen Frankreichs gefährden soll. Weiter müsse die Unverletzlichkeit der deutschen Ostgrenzen garantiert werden, und endlich kommt wieder erneut die alte Forderung von der Unverletzlichkeit des Versailler Vertrages. Dagegen könne Deutschland in den Völkerbund als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden.

Hier muß nun ein kurzer Abschnitt die Grundlagen des Völkerbundes erläutern: Der geistige Urheber dieser Institution war der uns vom Ausgang des Krieges her bekannte amerikanische Präsident Wilson. Der Sinn des Völkerbundes sollte sein, einen Gerichtshof aller Völker darzustellen, der die Aufgabe hat, "Friede und Gerechtigkeit und gegenseitige Verständigung ins Völkerleben einzuführen". In Wirklichkeit ist er aber gar nichts weiter geworden als eine Organisation der Feindbundstaaten gegen die Besiegten. Die Satzungen des Völkerbundes beabsichtigen u. a. die Herabsetzung der allgemeinen Rüstungen auf ein Mindestmaß durchzuführen, fernerhin die Wahrung der Rechte und die politische Handlungsfreiheit aller Bundesmitglieder zu achten, die Kriegsgefahr dadurch abzuwenden, daß die Bundesmitglieder das Recht haben, Kriegsfragen einem internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen, damit dieser in friedlicher Weise entscheiden kann; weiterhin Minderheitenfragen zu regeln, internationale oder angemessene Arbeitsbedingungen zu bestimmen usw.

Innerhalb der Völkerbundssatzungen besteht nun der sogenannte Artikel 16, nach welchem alle Bundesmitglieder zueinander stehen müßten und ihre Beziehungen zu einem Bundesmitglied sofort abzubrechen hätten, wenn dieses sich dem Urteil des Völkerbundes nicht beugt. Weiter verpflichten sich die Mitglieder in diesem Artikel 16, daß sie ihre ganze militärische Macht irgendwelchen Bundesexekutionen zur Verfügung zu stellen haben und ferner einen eventuellen Durchzug durch ihr Gebiet erlauben müssen.

Nachdem der deutschen Regierung das oben erwähnte im Gegenangebot Frankreichs vorliegt,

entscheidet sich Stresemann zunächst für ein entrüstetes "Nein". Eine Garantie der unmöglichen Ostgrenzen komme gar nicht in Frage, und in den Völkerbund führe er Deutschland nur, wenn der bereits erwähnte Artikel 16 auf Deutschland keine Anwendung finden würde, da er der Möglichkeit Raum gibt, daß im Falle eines Krieges zwischen Polen und Rußland Frankreich durch deutsches Gebiet marschieren könne.

Dieses entrüstete "Nein" machte auf die Verhandlungspartner gar keinen Eindruck. Die Konferenz solle nur zunächst einmal beginnen, das weitere würde sich von allein entwickeln. Zunächst trifft man sich ja auf dieser Verhandlung keineswegs als Gegner, sondern als gleichwertige Interessenten. Das persönliche Einvernehmen zwischen Stresemann, dem französischen Außenminister Briand und dem Engländer Chamberlain sei ja ganz ausgezeichnet und grenze beinahe an Freundschaft, so daß absolut keine Befürchtungen beständen, daß irgend etwas schief gehen könne. Das stimmt ja auch. Was soll schon für Frankreich und England schief gehen, wo man mit dem deutschen Verhandlungspartner bisher so gute Erfolge erzielt hat. Die Atmosphäre auf dieser Konferenz, die im Oktober 1925 in Locarno in der Schweiz stattfindet, ist ja auch eine durchaus angenehme und freundliche. Frühstücke und Motorbootfahrten verschönen den harten Dienst. Die Zeitschriften aller Länder bringen Bilder von Briand, Chamberlain und Stresemann in trauter Gemeinschaft. Als der liebe Gott sich den Schaden aber besieht, ist Deutschland in aller Freundlichkeit wieder einmal der zweite Sieger.

Der in Locarno getätigte Vertrag ist in zwei Teile zu zerlegen: **1.** den Westpakt, **2.**den Ostpakt. Im ersteren ist die von Frankreich geforderte nochmalige Garantie der im **Versailler Vertrag** bereits festgelegten Grenzen niedergelegt, weiterhin eine sogenannte entmilitarisierte Zone rechts- und linksrheinisch festgesetzt. Diese entmilitarisierte Zone bedeutet nichts weiter als die Verpflichtung Deutschlands, vor den Toren des schwergerüsteten Frankreichs ein ungeschütztes Gebiet zu belassen, damit das unbewaffnete Deutschland auf keinen Fall Frankreich unmittelbar an der Grenze bedrohen könne. Frankreich, Belgien und Deutschland verpflichten sich, unter keinen Umständen einander anzugreifen. Italien und England sichern dem angegriffenen Teil im Falle einer "flagranten Verletzung der Bestimmungen" ihren Beistand zu.

Der Begriff "flagrante Verletzung" besagt, daß unter dieser Formulierung eine Vertragsverletzung Deutschlands in bezug auf die entmilitarisierte Zone zu verstehen ist.

Im sogenannten Ostpakt verpflichten sich Deutschland und Polen gegenseitig, nur im Einverständnis beider Staaten ihre Grenze zu ändern. Bei Kenntnisnahme der französischen Gegenvorschläge vor dem Locarnopakt lehnt Stresemann eine Garantie der Ostgrenzen ganz entschieden ab. Was bedeutet aber das nachher im Vertragswerk niedergelegte sogenannte Ostlocarno weiter als eine Garantie der Ostgrenzen, wenn zu einer Änderung im Sinne Deutschlands Polen sein Einverständnis geben muß! Gerade hier sieht man deutlich, wie kindlich die deutsche Außenpolitik war.

Ist dieser Vertrag einmal unterzeichnet, so steht der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und der Überlassung eines ständigen Ratssitzes dortselbst nichts mehr im Wege.

Wie in allen bisherigen deutschen Reichstagen, so entwickelt sich auch jetzt bei Vorlage dieses Vertrages zwecks Annahme ein erbittertes Hin und Her. Stresemann spricht auch jetzt noch, nachdem er übers Ohr gehauen ist, von Verständigung, von der Politik der Vernunft usw. Worte wie Einigung und Befriedung erklingen, **der "Geist von Locarno"** wird für die Erfüllungspolitiker ein Begriff.

Es ist nicht ganz leicht, diesen Kampf durchzufechten, und man ist sehr froh, als Frankreich den deutschen Systemparteien seinen "Verständigungswillen" dadurch beweist, daß es sie in diesem Kampfe unterstützt. Die Feindbundstaaten versprechen nämlich, bis zum 31. Januar 1926 die Kölner Zone zu räumen. Dieses Versprechen als Erfolg zu buchen, ist politisch mehr als töricht. Denn eine Räumung war ja bereits ein Jahr früher fällig.

Die derzeitige Zusammensetzung des deutschen Reichstages veranlaßt die Regierung, ihre Zuflucht zu einer besonderen Taktik zu nehmen. Sie erklärt nämlich, daß die Annahme dieses Vertrages keineswegs die Zwei-Drittel-Mehrheit des Reichstages erfordere, sondern mit einfacher Mehrheit

gerechtfertigt sei, da das Locarno-Abkommen ja keineswegs verfassungsändernd ist. Mit dieser einfachen Mehrheit, also den Stimmen der Erfüllungspolitiker, wird das Schandwerk angenommen, wodurch sich Deutschland freiwillig nochmals den alten Friedensbedingungen unterwirft.

Der Geist von Locarno wirkt sich erstmalig nach der Annahme des Vertrages dahingehend aus, daß Deutschland wieder einmal betrogen wird, und zwar in bezug auf seine neue Stellung im Völkerbund. Deutschland hat, wie oben bereits erwähnt, einen ständigen Ratssitz im Völkerbund erhalten; ohne Deutschlands Wissen jedoch nehmen die Alliierten zum Ausgleich dieser unbequemen Stimme Polen ebenfalls mit einem ständigen Ratssitz auf. Durch das Beispiel der Aufnahme Polens angeregt, verlangen nun verschiedene andere Staaten gleichfalls einen Ratssitz. Es muß zu einem Ausgleich kommen, der schließlich darin gipfelt, daß Deutschland noch einige halbständige Ratssitze bekommt, Polen aber bleibt. Die Situation ist dadurch nicht geändert, der deutsche Ratssitz in Genf ist illusorisch, da Polen gleichfalls einen solchen Sitz innehat.

Das ist Verständigung und Gleichberechtigung, das ist "der Geist von Locarno", das ist Friede und Freundschaft.

Eine weitere vertragsmäßige Räumung besetzter Gebiete tritt nicht ein, von jetzt ab wird mit Fleiß das Problem der Kriegsschuld, das Problem der politischen Fragen mit dem der wirtschaftlichen, also der Tribute, verquickt, Frankreich weigert sich, die weiteren Gebiete des Rheinlandes zu räumen, ehe Deutschland nicht mit seinen Tributen ins Reine kommt. Wie so oft fallen die deutschen Politiker auch hier wieder einer Illusion zum Opfer. Sie haben aus der deutschen Geschichte nichts gelernt, und das deutsche Volk ist der leidtragende Teil.

Inzwischen bieten sich die Segnungen des Dawes-Planes dem erstaunten deutschen Volke dar. Die Erfüllungspolitiker sind festen Willens, um jeden Preis die Zahlungen des Dawes-Abkommens pünktlich zu leisten. Wie bereits einmal bei der Erläuterung des Begriffs der Transferierung dargelegt, kann ohne erheblichen Schaden für die deutsche Wirtschaft nur soviel in Devisen ans Ausland gezahlt werden, wie an Ausfuhrüberschüssen von der deutschen Wirtschaft erzielt werden. Der übrige Teil hätte in Deutschland angelegt werden müssen, wie die Transfer-Schutzklausel es vorsah.

Nach Ablauf des ersten Dawes-Normaljahres muß aber festgestellt werden, daß Deutschland ohne alle Schwierigkeiten die hohen Tribute pünktlich bezahlt hat. Ist es denn wirklich möglich gewesen, soviel Devisen durch Ausfuhrüberschuß nach Deutschland hereinzubekommen, wie an Tributen im Plan gefordert waren? Die Transfer-Schutzklausel ist merkwürdigerweise nicht beansprucht worden. Der deutschen Wirtschaft ist es selbstverständlich **nicht** möglich gewesen, derartige Ausfuhrüberschüsse zu erzielen. Erstens fehlten die nötigen Rohstoffe, und zweitens kämpfte die innerdeutsche Industrie verzweifelt gegen die überhöhten Schutzzollmauern des Auslandes, durch die sich alle Staaten vor fremder Einfuhr schützten. Gezahlt hat Deutschland lediglich mit den geliehenen Geldern.

Nach dem Dawes-Pakt geht ein wahres Wettrennen in Deutschland nach ausländischen Geldern los. Die Städte pumpen, die Industriewerke werden verschuldet, die einzelnen Länder pumpen, alles was nur irgendwie im Ausland kreditfähig ist, nimmt Anleihen auf. Letzten Endes haben wir unsere wirtschaftliche Zahlungsbilanz nicht gesund ausgeglichen, sondern mit Schulden ausbalanziert.

Im Jahre 1929 schuldet Deutschland über 13 Milliarden Mark an das Ausland, für die es einen Zinsendienst von fast 1½ Milliarden aufzubringen hat. Die Grundforderung des Dawes-Planes, daß **die Reparationszahlungen** nur aus wirtschaftlichen Überschüssen gezahlt werden sollen, beachten weder Deutschland noch die Gläubigerstaaten. Die große Chance für Deutschland ist verpaßt, niemand denkt daran, die Transfer-Schutzklausel in Anspruch zu nehmen.

Durch die geliehenen Gelder, die in ausländischer Währung nach Deutschland kamen, ist es dem Reparationsagenten möglich, ohne Schwierigkeiten die gezahlten Markbeträge in Devisen umzuwandeln.

Die deutschen Regierungsvertreter aber erklären stolz, daß Deutschland seinen guten Willen praktisch beweise, indem es zahlt.

Auf die Dauer kann dieser Zustand aber nicht bestehen bleiben. Mit der Zeit sind die Kreditmöglichkeiten erschöpft, das Ausland gibt nur noch ungern neue Kredite, da ja eines Tages die guten Sicherheiten, die zu Anfang der Anleihewirtschaft vorhanden waren, überbelastet sind. Hier taucht eine neue Gefahr auf, die wiederum im Zusammenhang steht mit dem Transfer. Wenn die Zahlungen in Devisen vom Auslande aufhören, so besteht für den Reparationsagenten keine Möglichkeit mehr, zu transferieren. Bis jetzt ging alles glatt. Die internationale Hochfinanz hat mehr und mehr Besitz vom deutschen Eigentum genommen. Wenn jetzt die Deutschen auf den Gedanken kommen, die Transfer-Schutzklausel in Anspruch zu nehmen, dann wird die Lage des Reparationsagenten mehr als unangenehm, denn dann wird es heißen müssen: Entweder eine aktive Zahlungsbilanz herstellen, aus deren Devisenzufluß transferiert werden kann, oder aber er kann keine Devisen mehr kaufen und muß die auf dem Reparationskonto aufgelaufenen Tributbeträge in Deutschland anlegen. Durch die Verschuldung der Industrie, der Gemeinden und Körperschaften wird es aber immer mehr unmöglich, vernünftige, konkurrenzfähige Preise im Ausland zu erzielen, da die Unkosten durch den Zinsendienst ständig steigen.

Der Reparationsagent wendet sich an die deutsche Regierung und verwahrt sich energisch gegen das deutsche Verhalten. Er sagt aber nicht nur, daß die Kreditfrage gefährdet sei, sondern er verlangt auch eine Revision der Beamtengehälter, der Kriegsopferversorgung, der Finanzwirtschaft usw. Die deutsche Regierung denkt gar nicht daran, die Erklärung des Reparationsagenten ebenso energisch zurückzuweisen, sondern beeilt sich, zu versichern, daß sie in den meisten Punkten derselben Ansicht sei. Im übrigen weiß sie sich vor lauter Geldknappheit gar nicht mehr zu helfen. Man entsinnt sich heute noch der Zeit, als man von Woche zu Woche nicht wußte, ob die Regierung die Arbeitslosengelder wird zahlen können, als die deutschen Banken der deutschen Regierung kurzfristig Gelder leihen mußten, um den Haushalt zu balanzieren.

Zu dieser Zeit etwa berichtet der Reparationsagent an seine Auftraggeber, daß eine Revision des Dawes-Paktes unvermeidbar sei. Erstens einmal müsse endlich festgestellt werden, wie hoch die Gesamtschuld Deutschlands sei, d. h. wie lange Deutschland seine jährlichen Zahlungen zu leisten habe. Weiterhin, daß die Reparationen in Zukunft ohne Transferschutz gezahlt werden müßten und die fremde Kontrolle aufhören müßte. Wer jubelt jetzt mehr als die Erfüllungspolitiker? Hier, sagen sie, zeigt sich die Einsicht der Gegenseite. Die Politik der Erfüllung war richtig, jetzt hat sich gezeigt, daß Deutschland trotz guten Willens die hohen Lasten nicht tragen kann. Daß der Reparationsagent nur im Sinne seiner Auftraggeber handelt, bedenkt keiner der verantwortlichen Männer. Die Transferschutzklausel soll fallen, weil der Reparationsagent in ihr eine große Gefahr sieht, und die Kontrolle soll nicht aus Menschenfreundlichkeit und Einsicht für die deutsche Lage aufgehoben werden, sondern lediglich deshalb, weil den mit der Kontrolle Beauftragten bei einer Katastrophe ein Teil der Verantwortung zufallen würde.

Wäre der Dawes-Pakt damals bestehen geblieben, so hätte die Unmöglichkeit seiner Durchführung Deutschland in eine sehr günstige Situation gebracht. Amerikas Schuldnerstaaten konnten ihre Verpflichtungen nur erfüllen, wenn Deutschland bezahlte. Deutschland hatte aber bei der bestehenden Lage die Möglichkeit, Sperrung der Dawes-Leistungen zu fordern. Sollte der Reparationsagent trotzdem auf Zahlungen bestehen, dann war noch die Möglichkeit gegeben, daß eine weitere Kreditaufnahme aus dem Ausland für alle deutschen Körperschaften, Kommunen usw. verboten würde; daß weiterhin kein Ausländer in Deutschland Grundbesitz, Aktien usw. erwerben dürfte, wodurch die Einfuhr von Devisen nach Deutschland verhindert worden wäre. Dem Reparationsagenten wäre eine Transferierung der Reichsmarkbeträge unmöglich gewesen, und die Transferschutzklausel hätte zwangsläufig Anwendung finden müssen. Die Tributbeträge hätten als Ersatz für den Auslandskredit in Deutschland angelegt werden müssen, und die Aufgabe der deutschen Regierung wäre es gewesen, nachzuweisen, welche Höhe der Beträge tatsächlich aus einer aktiven Zahlungsbilanz für die Dawes-Leistungen in Frage gekommen wäre.

Nichts dergleichen geschah, die Instinktlosigkeit der deutschen Politiker ließ hier eine Möglichkeit unbeachtet, die aufzunehmen sie die Verpflichtung hatte. Die Judenpresse jedoch und die vor jedem Vertreter der Feindbundstaaten zitternden Erfüllungspolitiker hatten mehr Angst als kühlen abwä-

genden Verstand. Alles sprach von der sogenannten Dawes-Krise und fürchtete sich vor den Folgen, welche aus der schwierigen Lage des Reparationsagenten hätten entstehen können. Bestimmt wären diese Folgen nicht so groß gewesen, als daß sie nicht durch energische Maßnahmen hätten behoben werden können. Auf jeden Fall waren die Aufhebung des Dawes-Paktes und die kommenden Youngverpflichtungen weit entsetzlicher als eine mehr oder minder zeitlich begrenzte Krise, welche sich aus einer Ausnutzung der Transferklausel ergeben hätte.



Scriptorium merkt an:
einen Beitrag zur Entstehung und Details des Young-Plans finden Sie hier:
Endlösung des Reparationsproblems

Der Youngplan

Das Interesse an einer Revision des Dawes-Paktes liegt also nunmehr, nachdem die deutschen Politiker es nicht verstanden haben, die Lage für Deutschland auszunutzen, bei den Feindbundstaaten. So steuert **das Reparationsproblem** auf eine neue Konferenz hin, die im Februar 1929 unter dem Vorsitz des amerikanischen Vertreters Owen Young zusammentritt. Die Sachverständigen der alliierten Staaten betrachten die Konferenz unter dem Gesichtspunkt, der aus den vorhergehenden Konferenzen hinreichend bekannt ist: Deutschland die denkbar höchsten Tributzahlungen aufzubürden, dabei aber den gefährlichen Punkt der Transferklausel zu vermeiden, und an Stelle der für die Ereignisse in Deutschland mehr oder weniger verantwortlichen Sachverständigen in Deutschland eine Institution zu schaffen, welche wohl ihre Funktionen hat, nicht aber als innerdeutsche Kontrolle anzusehen ist. Selbstverständlich besteht diese stille Voraussetzung. Offiziell aber wird bekanntgegeben, daß man in Anerkennung von Deutschlands augenblicklicher Lage bestrebt sei, eine für alle Teile befriedigende Lösung zu finden.

So etwa sind die von den Interessierten beeinflußten Pressekommentare beschaffen. Man lockt sogar mit der bekannten und bewährten Aussicht der Räumung der noch besetzten rheinischen Gebiete, wenn sich Deutschland bereit erkläre, die von ihm geforderten Zugeständnisse zu machen.

Um den Boden der Konferenz noch einmal genügend vorzubereiten, versteht es der Reparationsagent in Deutschland, durch einen tendenziös gefärbten Bericht über die deutsche Wirtschaft die Welt glauben zu machen, daß die beabsichtigen Maßnahmen durchaus für Deutschland tragbar seien.

Insbesondere deswegen, weil die in den letzten Jahren abgegebenen Berichte des Reparationsagenten Deutschlands guten Willen besonders unterstrichen hatten, war dieser Bericht des Reparationsagenten ein sehr geschickter Schachzug. Es wird Deutschland natürlich schwer, diesem Bericht entgegenzutreten, nachdem es die vorjährigen Berichte mit großer Genugtuung und freundlich kommentiert hatte.

Am 11. 2. 1929 beginnt in Paris die Konferenz, an der die Deutschen **Vögeler** und **Schacht** teilnehmen, um Deutschlands Interessen wahrzunehmen. Das erste, was beschlossen wird, ist, daß ein großer Teil der deutschen Tributzahlungen jährlich ohne Transferschutz weiterläuft, und daß die Aufgaben des Reparationsagenten in Zukunft eine zu gründende "Bank für Internationale Zahlungen" übernimmt. Die weiteren Forderungen der Gegner Deutschlands sind derart hoch, daß die deutschen Vertreter es nicht verantworten können, sie entgegenzunehmen, denn die Höhe der Verpflichtungen zeigt gegenüber dem Dawes-Abkommen keinerlei Erleichterung, und der einzige Schutz, die Transferklausel, soll in Wegfall kommen. Weiterhin sollen die Zinsen und Tilgungsgelder aus der im Anschluß an das Dawes-Abkommen gegebenen Anleihe weiterlaufen und die Kosten des Wiederaufbaues bestehen bleiben.

Deutschland erklärt sich schließlich bereit, jährlich 1,6 Milliarden Reichsmark zu zahlen und zwar 37 Jahre lang, so daß zusammen 61 Milliarden dabei herauskommen würden. Die Ententevertreter lehnen ab, und man glaubt schon allgemein, daß die Konferenz ergebnislos enden wird.

In diesen Tagen stirbt der Vertreter der englischen Delegation. Aus Pietätsgründen werden die Sitzungen der Konferenz unterbrochen, was den Vertretern der Feindbundstaaten keineswegs unangenehm ist, denn sie können nun in Ruhe abwarten, wieweit die linkseingestellte deutsche Öffentlichkeit sie dadurch unterstützen wird, daß sie den sich ablehnend verhaltenden deutschen Vertretern in den Rücken fällt. Wie nicht anders zu erwarten, ist dies auch der Fall.

Die gesamte Presse der Erfüllungspolitiker läuft gegen diese deutschen Vertreter Sturm, und als einige Tage später die Konferenz wieder beginnt, ist der Boden inzwischen soweit vorbereitet, daß Owen Young seine unnachgiebigen Forderungen aufstellen kann. Deutschland soll danach 114 Milliarden in 58 Jahren bezahlen. Irgendwelche weiteren Zugeständnisse für Deutschland werden abgelehnt.

Die deutschen Tributzahlungen sollen, wie es ja im Sinne der Youngverhandlungen lag, in Devisen von Deutschland bezahlt werden. Mit der Verschärfung, daß ein ungeschützter Teil von jährlich 650 Millionen vorgesehen ist, dessen Zahlung aufzuschieben Deutschland kein Recht hat. Für den Rest der Zahlungen wird die Möglichkeit anheimgestellt, sie nach einem besonderen Verfahren aufzuschieben. Dieses Aufschubverfahren bekommt dadurch einen ganz besonderen, für Deutschland verschärfenden Charakter, daß die Absicht des Aufschubes 90 Tage vorher angemeldet werden muß, in welcher Zeit ein Ausschuß der "Bank für internationale Zahlungen" über die "Umstände und Verhältnisse, die zu der Notwendigkeit eines Aufschubs geführt haben", beratet. Die Verteilung der an die Bank für internationale Zahlungen geleisteten Beträge übernimmt die B. I. Z. selbst. Die zu leistenden Beträge sind in Form von Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches zu leisten, was nichts weniger bedeutet, als eine Umgestaltung des bis dahin politischen Charakters der Zahlungen in einen rein kommerziellen.

Wie folgenschwer die Umgestaltung einer politischen Schuld in eine wirtschaftliche sich auswirkt, mag aus einem Beispiel der deutschen Geschichte erhellen. Als Napoleon I. in den Jahren 1806 und 1807 einige deutsche Städte zwang, ihm Tribute zu zahlen, ging er nach demselben Verfahren vor. Die tributpflichtigen Städte mußten die seinerzeit an Frankreich gegebenen Schuldverpflichtungen nach annähernd 100 Jahren noch einlösen. Während der Laufzeit dieser Schuldverschreibungen wurde Napoleon I. zweimal vernichtend geschlagen. Preußen wurde europäische Großmacht. 1870/71 wurde Frankreich geschlagen. Das geeinte Deutsche Reich erstand. Aber immer noch waren die Schuldverschreibungen jener Zeit gültig und mußten auf Heller und Pfennig bezahlt werden.

So ist dieser Schachzug im Rahmen des Youngplanes ein teuflisches Spiel, und es ist heute noch unbegreiflich, wie es seinerzeit möglich war, solche Verpflichtungen zu übernehmen.

In Deutschland wird jedoch mit Unterstützung der Regierung für die Annahme des Youngplanes gekämpft. Die Regierung erklärt, daß es aus der katastrophalen Lage Deutschlands heraus unvermeidbar sei, den Plan anzunehmen.

Dies ist das Resultat, das die Konferenz in Paris ergibt. Im Mai 1929 wird der Schlußstrich unter die Pariser Sachverständigenkonferenz gemacht und der ausgearbeitete Plan an die einzelnen Regierungen gesandt.

Etwa 2½ Monate später, im August, tritt die endgültige Konferenz der Siegerstaaten im Haag zusammen. Diesmal fahren Stresemann, Curtius und Wirth neben dem Juden Hilferding als Vertreter Deutschlands zu der Konferenz, die über die Annahme des Youngplanes und damit über die endgültige Verknechtung Deutschlands verhandeln soll. Wenn man aber glaubt, daß hier lediglich das bereits Geplante unterschrieben werden sollte, dann irrt man sich. Die Konferenz läuft darauf hinaus, noch höhere Belastungen für Deutschland zu beschließen. Zunächst kommt noch dazu, daß Belgien einen Anspruch anmeldet, wonach über 600 Millionen Papiermark Aufwertung in Belgien von Deutschland übernommen werden sollen. Weiterhin erlaubt sich Deutschland, den menschenfreundlichen Mittler in einer Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich zu spielen, welche sich in bezug auf die Anteile aus den Tributen streiten. Um die feindlichen Brüder untereinander wieder zu versöhnen, übernimmt es Deutschland großzügig, die Differenz zwischen dem französi-

schen und dem englischen Anteil - letzterer ist geringer als der französische - auf sich zu nehmen. Insgesamt sind es beinahe 117 Milliarden, die Deutschland zu bezahlen hat. In 59 Jahren muß diese Schuld bezahlt sein. Nicht ein einziger Pfennig von dem, was Deutschland bereits geleistet hat, wird in Anrechnung gebracht. Ohne die Zahlungen an Zinsen und Amortisationen der Dawesanleihen sind es jährlich rd. 2 173 Millionen oder genau 2 Milliarden, 172 Millionen und 960 Tausend Mark.

Man sieht jetzt, daß durch die Konferenz keine Verbesserung der deutschen Lage herbeigeführt wurde, vielmehr eine ungeheuerliche Mehrbelastung. Zahlenmäßig waren unsere Leistungen, wenn man den Zinsendienst der Anleihen dazurechnet, schon höher als aus dem Dawesabkommen. Der Transferschutz fällt fort, die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft ist keineswegs aufgehoben, sondern nur einer anderen Institution übergeben, die Schuld in eine kommerzielle umgewandelt, und 59 Jahre lang - d. h. noch die Enkel unserer Generation sind tributpflichtig - muß Deutschland zahlen.

In Deutschland befindet sich inzwischen die nationale Opposition in heftiger Abwehr des Youngplanes. Die Nationalsozialistische Partei, der Stahlhelm und die Deutschnationalen unter Hugenberg treten entschlossen dagegen auf. Das erste Mal steht das nationale Deutschland erbittert und verbissen den Erfüllungspolitikern in geschlossener Front gegenüber. Es ergreift die Möglichkeit aus der Verfassung, ein Volksbegehren zur Durchführung zu bringen, und stellt in seinen Bedingungen die Forderung auf, die zum erstenmal das ganze übrige Deutschland aufhorchen lassen. In Erkenntnis dessen, daß alle nach dem Versailler Vertrag durchgeführten Verhandlungen und Abkommen sich aus dem Kriegsschuldparagraphen (Artikel 231) des Versailler Vertrages ergeben, fordern sie,

> **"daß die Reichsregierung darauf hinzuwirken habe, daß das Kriegsschuldanerkenntnis... des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt wird. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos... geräumt werden...**
>
> **Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Verpflichtungen und Lasten nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen...**
>
> **Reichskanzler und Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift (neue Verpflichtungen nicht zu übernehmen) Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 St.GB vorgesehenen Strafen (Zuchthaus nicht unter zwei Jahren), wenn vorsätzlich ein aufgetragenes Staatsgeschäft mit anderen Regierungen zum Nachteil des Auftraggebers führt."**

Eine solche Sprache von seiten der nationalen Opposition war bis dahin in Deutschland noch nicht gehört worden. Die Regierungen und die Erfüllungsparteien wenden sich sofort erbittert gegen den Volksentscheid. **Die rote Regierung verbietet ihren Beamten unter Androhung von Disziplinarstrafen die ihnen verfassungsmäßig zustehende Teilnahme am Volksentscheid.**

Leidenschaftlich entbrennt der parlamentarische Kampf. In hunderten von Versammlungen wird dem deutschen Volke das Elend der Tributpolitik vor Augen geführt. Die Männer der Rechtsparteien werden von den Systemtreuen als Katastrophenpolitiker bezeichnet. Am 29. Oktober hat sich das Volk mit 10% der Stimmberechtigten für den Volksentscheid ausgesprochen. Dem Reichstag vorgelegt, wird das Volksbegehren von den Erfüllungsparteien und einigen Deutschnationalen abgelehnt. Die Deutschnationale Volkspartei trennt sich von diesen unsauberen Elementen, und gemäß der Verfassung wird das durchgegangene, aber vom Reichstag abgelehnte Volksbegehren dem deutschen Volk zum Volksentscheid vorgelegt.

Noch einmal erhebt sich die nationale Opposition zum Endkampf. Ebenso erbittert kämpfen die Erfüllungsparteien darum, daß möglichst viele Stimmen sich dem Volksentscheid fernhalten. Der SPD.-Jude Hilferding verspricht sogar, daß bei Annahme des Youngplanes im kommenden Jahre Steuern in Höhe von 900 Millionen gestrichen werden könnten.

Die Endabstimmung des Volksentscheids ergibt 5,8 Millionen Stimmen; die erste große Schlacht der nationalen Opposition ist verloren. Der größere Teil des deutschen Volkes glaubt noch immer an

den Wahnsinn der Erfüllungspolitik. Im Januar 1930 tritt die 2. Haager Konferenz über den Youngplan zusammen, und am 20. Januar unterschreibt der Volksparteiler Curtius als deutscher Reichsaußenminister das Schlußprotokoll.

Die alliierten Vertreter können aber auch jetzt noch im letzten Augenblick nicht für sich auf einen weiteren Erfolg und für Deutschland auf einen neuerlichen Nackenschlag verzichten, indem eine sogenannte Sanktionsklausel mit in den Vertrag aufgenommen wird, nach der die reparationsempfangenden Regierungen sich an einen Schiedsgerichtshof wenden können, wenn eine deutsche Regierung es unternehmen sollte, gegen den Youngplan anzugehen. Das bedeutet soviel, daß jeder Versuch einer deutschen Regierung, die unerträglichen Fesseln abzuwerfen, den Gegnern das Recht gibt, nach ihrem Ermessen gegen Deutschland vorzugehen.

Am 12. März 1930 nimmt der deutsche Reichstag mit 266 gegen 193 Stimmen den Youngplan in vollem Umfange an. In Deutschland jubeln die Erfüllungspolitiker und erzählen dem deutschen Volk, daß es durch ihre Bemühungen gelungen sei, die französische Soldateska vom rheinischen Boden zu entfernen. Am 30. Juni 1930 verläßt der letzte französische Soldat deutschen Boden. Am Rhein werden Befreiungsfeiern veranstaltet, schwarz-rot-goldene Fahnen symbolisieren Freiheit, Schönheit und Würde nach 10 Jahren Erfüllungspolitik. Um welchen Preis? 4½ Jahre vor der im Versailler Vertrag vorgesehenen Zeit räumt Frankreich das besetzte Gebiet. Dafür ist Deutschland 58 Jahre lang in Ketten gelegt. Die gesamte deutsche Wirtschaft ist dem Verderben preisgegeben. Alle Hoheitsrechte Deutschlands sind ihm genommen. Und ein ohnmächtiges, getretenes blutarmes Volk feiert jubelnd den Tag, an dem ihm die Erfüllungspolitiker das Danaergeschenk einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes übergeben. Wie der gesunde Teil des Rheinlandes darüber denkt, mag daraus erhellen, daß die Vereinigung des Rheinischen Landbundes und der Rheinischen Bauernvereine klar und deutlich erklären, daß die Tributleistungen aus dem Youngplan von Deutschland nie getragen werden könnten und daß sie "bei aller Sehnsucht der endlichen Befreiung der rheinischen Heimat von dem Druck der Besatzung" dennoch die Reichsregierung bitten, "die endliche Erfüllung dieses uns als Recht zustehenden Wunsches nicht durch neue Lasten und Leistungen zu erkaufen".

Dieses Beispiels echten Deutschtums müssen alle diejenigen eingedenk sein, die gedankenlos die leichtfertige, ja sogar verbrecherische Einstellung der Erfüllungspolitiker nachschwätzen.



Scriptorium merkt an:
einen Beitrag zur Entstehung und Details des Young-Plans finden Sie hier:
Endlösung des Reparationsproblems

Das Youngelend

Nach dem Youngplan beträgt die deutsche Verschuldung insgesamt rund 25 Milliarden. Die Zinsen aus dieser Schuld zuzüglich der jährlichen Zahlungen nach dem Youngplan in Höhe von 2,1 Milliarden ergeben eine Summe von 4,5 Milliarden, die jährlich an Abgaben aus Deutschland gezogen werden.

Die verhängnisvollen Jahre zwischen Dawes- und Youngplan, in deren Verlauf Kommunen, Körperschaften, Industrieunternehmungen, kurz alles, was nur irgendwie kreditfähig schien, mit ausländischem, meist amerikanischem Kapital überschwemmt worden waren, hatten die Möglichkeiten der Wirtschaft unendlich erschwert. Eine zweckmäßige Anlage der aufgenommenen Kredite war oft nicht erfolgt, städtische Körperschaften hatten mit geborgtem Gelde gebaut, die Bauten - oft Siedlungs- oder öffentliche Gebäude - kosteten Erhaltung und brachten nichts ein; die Landwirtschaft war angehalten worden, möglichst "intensiv" zu wirtschaften, hatte Anschaffungen gemacht, und wirtschaftete nun infolge der unverhältnismäßig niedrigen Preise keine Rente mehr aus den Betrieben heraus, sie verschuldete immer mehr. Die Industrie kämpfte verzweifelt gegen die Exportschwierigkeiten, die alten Absatzgebiete aus der Vorkriegszeit waren durch den Weltkrieg verloren gegangen, gegen die Erschließung neuer Ausfuhrgebiete wurden überall hohe Zollmauern errichtet, die entweder die Preise außer Konkurrenz stellten oder die Gewinne auffraßen.

Nach Annahme des Youngplanes blieben die schon vorher zurückgegangenen Kredite des Auslandes gänzlich aus. Die versprochenen Steuererleichterungen aus den vorgelogenen "Einsparungen" des Youngplanes blieben aus, statt dessen setzte die Zeit der Entlassung deutscher Arbeiter und Angestellten aus den Betrieben ein, die dann dem Staat als Arbeitslose zur Last fielen. Das "Youngelend" begann, dieser Golgathaweg des deutschen Menschen, der den Abschluß einer 12jährigen Erfüllungspolitik bilden sollte. Das geistig produktivste und arbeitsfreudigste Volk der Erde, die Nation, die den Begriff der "Pflicht" verkörperte, befand sich auf dem Wege dazu, im Nichtstun seine wertvollen völkischen Eigenschaften zu verlieren. Deutsche Jugend stand vor den Arbeitsämtern herum und wartete auf den Wohlfahrtsgroschen, der ihr geboten wurde, nur um vegetieren zu können. Nichtstun im Verein mit dem langsam aber sicher wirkenden Gift jüdischer Zersetzung steigerte Kriminalität und politisches Bandentum.

Für den Staatshaushalt wuchs sich die schon nach Millionen zählende Arbeitslosenziffer zum täglich gegenwärtigen Schreckgespenst finanziellen Zusammenbruchs aus. Mit der Tatsache, daß bei steigender Arbeitslosenziffer die Kaufkraft des Abnehmers dauernd sank, sank der Absatz der Wirtschaftszweige mehr und mehr. Neue Arbeitslose lagen der Staatskasse und den kommunalen Stellen zur Last, höher und höher steigen die sozialen Lasten, die von der Wirtschaft, vom Arbeitgeber und den noch arbeitenden Volksgenossen getragen werden müssen.

Der Staatshaushalt kann nicht mehr balanciert werden. Von Ultimo zu Ultimo muß der Staat von den privaten Banken neue Gelder borgen; immer mehr Steuern - neue Lasten für die Wirtschaft - müssen ausgeschrieben werden. Eine Schraube ohne Ende!

Was tut's, daß ein Jahr nach der Annahme des Youngplanes eine Erleichterung in der Tributzahlung eintritt? Der Staat ist zerrüttet, aus einer Tributfrage, aus **der Reparationsnot** ist der innerwirtschaftliche Ruin geworden, der nicht mehr abwendbar scheint.

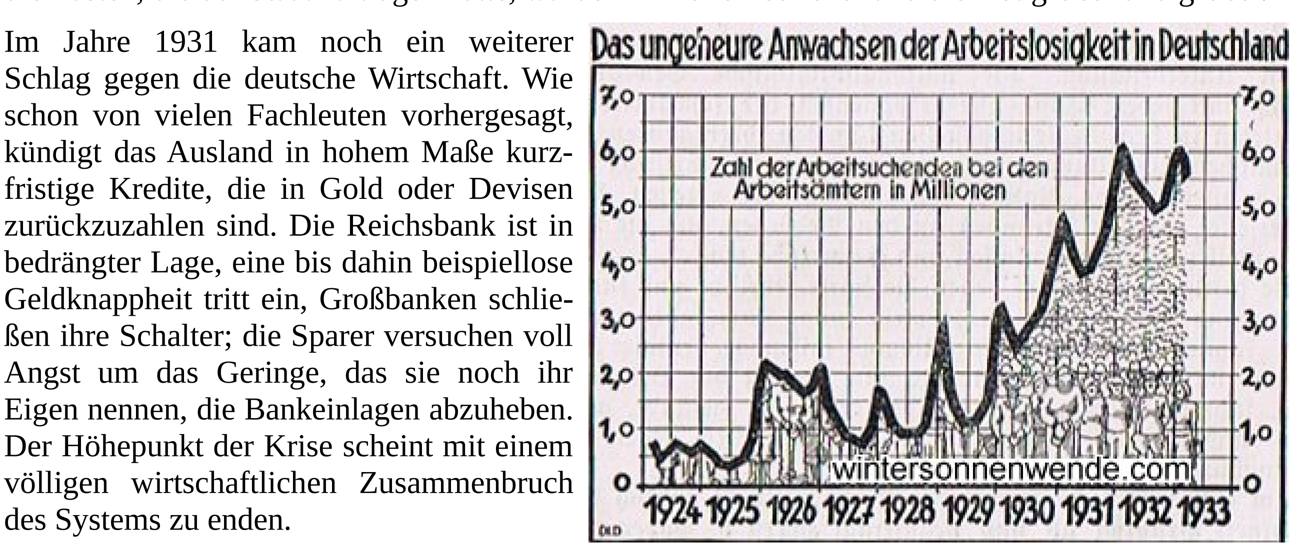
Die Wirtschaftsnot hat, wenn auch längst nicht mit der Intensität wie in Deutschland, auch in den anderen Staaten eingesetzt; auch hier macht sich die sinnlose internationale Verschieberei riesiger Zahlungen auf die Wirtschaft ungünstig bemerkbar. Vor allem aber die Erkenntnis Amerikas, daß ein zusammenbrechendes Deutschland die amerikanischen Kapitalanlagen gefährdet, läßt den Entschluß reifen, eine Aussetzung der deutschen Zahlungen aus dem Youngplan zu fordern.

Zunächst widersetzt sich wiederum Frankreich, das unter keinen Umständen eine Erleichterung der deutschen Lage wahrhaben will. Schließlich, als in das Moratorium auch die Zahlungen der Alliierten untereinander einbezogen werden, muß Frankreich nachgeben, und im Sommer 1931 wird das nach seinem geistigen Urheber Hoover genannte Hoover-Moratorium abgeschlossen. Für Amerika war dieses Moratorium insofern eine Notwendigkeit, als die Hochfinanz, die den größten Einfluß auf die Gesamt-Weltpolitik, vornehmlich aber auf die amerikanische hat, Gefahr lief, daß die privaten Geldanlagen in Deutschland durch den trostlosen Wirtschaftsstand gefährdet waren, und daß zumindest die Zinsen von den deutschen Kreditnehmern nicht aufgebracht werden konnten.

Eine praktisch fühlbare Erleichterung für das deutsche Volk ist durch das Moratorium nicht eingetreten. Die wirtschaftliche Lage war derart katastrophal, die Unfähigkeit der Politiker so groß, daß ein Aufhalten des Zusammenbruchs durch die damaligen Regierenden nicht möglich war. Der damals amtierende Reichskanzler Brüning war in keiner Weise fähig, die schwierige Lage zu meistern. Als Parlamentarier von der Gunst der verschiedenen Parteien abhängig, verstrickte er sich völlig in das Netz des Koalitionsprinzips, kämpfte einen auf die Dauer aussichtslosen Kampf gegen die nationale Opposition und erlitt außenpolitisch eine Schlappe nach der anderen.

Ohne klare, wirtschaftliche Zielsetzung versucht **Brüning** mit der sogenannten **"Notverordnungspolitik"** einen innerpolitischen, angeblich verfassungsgerechten Ausnahmezustand zu schaffen, und will das Volk glauben machen, durch diese zahlreichen und in ununterbrochener Folge sich ergießenden Notverordnungen wieder festen wirtschaftlichen Boden unter die Füße zu bekommen. Die Notverordnungen umfaßten weitere Kürzungen der Gehälter und damit weitere Einschränkung der Lebenshaltung. Damit wurde naturgemäß das Gegenteil von dem erreicht, was erreicht werden soll-

te. Das Sinken der Kaufkraft beim Abnehmer vollzog sich mehr und mehr, neue Produktionseinschränkungen bedingten weitere Entlassungen, die Zahl der Arbeitslosen wuchs immer höher an; die Lasten, die der Staat zu tragen hatte, wurden immer erheblicher und die Not größer und größer.



Im Jahre 1931 kam noch ein weiterer Schlag gegen die deutsche Wirtschaft. Wie schon von vielen Fachleuten vorhergesagt, kündigt das Ausland in hohem Maße kurzfristige Kredite, die in Gold oder Devisen zurückzuzahlen sind. Die Reichsbank ist in bedrängter Lage, eine bis dahin beispiellose Geldknappheit tritt ein, Großbanken schließen ihre Schalter; die Sparer versuchen voll Angst um das Geringe, das sie noch ihr Eigen nennen, die Bankeinlagen abzuheben. Der Höhepunkt der Krise scheint mit einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch des Systems zu enden.

Wieder muß die Notverordnungsmaschine in Gang gebracht werden. Es werden alle Auszahlungen der Banken an die Guthabenbesitzer gesperrt, Bankfeiertage eingelegt, die Börsen geschlossen.

Wie durch ein Wunder kommt die Regierung über diesen Berg, aber der Rest des Vertrauens von seiten des Volkes der Staatsführung gegenüber ist dahin.

Ein Kampf der Systemparteien um ihre Erhaltung, ihre Existenz setzt ein, der vor dem Mord, dem Straßenkampf und der Infamie nicht halt macht, nicht vor der Lüge und brutalen Unterdrückung. Die nationalsozialistische Bewegung wächst mit jedem Tag. Die Exponenten der schwarz-roten Parteien in den Regierungsstellen kämpfen ihrer ganzen erbärmlichen Einstellung gemäß nicht mehr um die Existenz der ihnen anvertrauten Nation, sondern um ihre eigenen Ministersessel, um die Pfründen an den Behörden, um die Direktorstellen bei Krankenkassen und Gewerkschaften.

Je heftiger der Kampf gegen die starke, ehrliche und junge Bewegung Adolf Hitlers ist, je mehr junge Kameraden unter den Fahnen des Nationalsozialismus fallen, je brutaler die Unterdrückungsmethoden, die bis zum Verbot der SA. und SS. führen, werden, desto heftiger rennt der gesunde, aufbau- und arbeitfreudige Teil des Volkes Sturm gegen die Zwingburg des Erfüllungssystems.

Im Sommer 1932 beruft der Reichspräsident endlich das Kabinett Brüning ab und beauftragt Herrn v. Papen mit der Regierung. Nach den letzten Monaten heftigster Verfolgung geht ein Aufatmen durch Deutschland. Zum erstenmal seit 14 Jahren unternimmt es ein Reichskanzler, gegen das schwarz-rote System aufzutreten. Die rote Preußen-Regierung wird abberufen; aber das restose Vertrauen des Volkes, das allein ermöglicht hätte, die weitgehenden Maßnahmen zur Erleichterung der Lage und Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten zur Durchführung zu bringen, fehlte.

Unter der Regierung v. Papen wird noch einmal vor einer neuen, der 35. Reparationskonferenz, über die deutschen Tributzahlungen verhandelt.

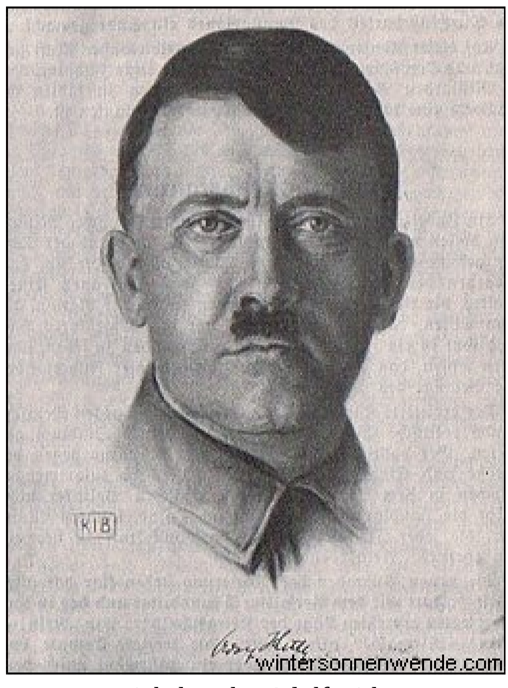
Die Not der Weltwirtschaft, die furchtbare Lage in allen Staaten, vor allem aber die schwierige Wirtschaftslage in Amerika haben dem Zahlenwahnsinn und dem Glauben an die Durchführbarkeit des Youngplanes ein Ende gemacht.

Auf dieser Konferenz wird der Youngplan außer Kraft gesetzt, und Deutschland erkennt lediglich eine letzte Zahlung von 3 Milliarden Reichsmark an, die in Raten zu zahlen ist, nachdem eine dreijährige Zahlungspause abgelaufen ist.



"Hitler - Reichskanzler!"

Ein Jubel ohnegleichen erfüllt Millionen Deutsche. Millionen hoffen neu; hoffen, daß endlich für Deutschland der Retter gekommen ist, der die beste Waffe im Kampfe um das Bestehen des Vaterlandes besitzt - das Vertrauen seines Volkes, die Opferfreudigkeit der besten Kräfte der Nation, die nun wissen, daß sie nicht opfern, um das Letzte ihres Hab und Gut in ein Faß ohne Boden verschwinden zu sehen, sondern wissen, daß ein getreuer und zielbewußter Führer über die Belange des Volkes wacht.



Reichskanzler Adolf Hitler. Gezeichnet von K. Böhringer, mit Genehmigung von Franz Hanfstaengl, München, wiedergegeben.

Der erbitterte Kampf der *"Entente cordiale"* gegen Deutschlands politische Weltgeltung ist in ein neues Stadium getreten. Der politische und wirtschaftliche Raubzug gegen die Größe und Einheit des deutschen Volkes ist zusammengebrochen in dem Moment, wo die deutschen Politiker nicht mehr die Handlanger des Feindbundes sind, sondern Männer, die jeder Tendenz, die deutsche Volkskraft zu brechen, ein ehernes "Nein!" entgegensetzen.

Die neuen Aufgaben der Regierung stehen klar vor aller Welt. **"Fort mit dem Versailler Schanddiktat und der in ihm festgelegten erpreßten Lüge der Kriegsschuld!" Ein "Nein! - Nein! - Niemals!" allen denen, die weitere Tribute von einem Volk verlangen, das über ein Jahrzehnt unter dem Joch der Versklavung stöhnte.** Deutschland ist kein Parteienstaat mehr, der hilflos im Strom egozentrischer Leidenschaften treibt, sondern ein Volk von Freiheitskämpfern, das eingedenk seiner Jahrtausende alten Bestimmung um die Erhaltung seines Bodens, seines Volkstums, seiner politischen Handlungsfreiheit kämpft.

Werden die uralten Grundgesetze dieses Volkstums Ehre - Treue - Recht wachgerufen und zu voller Geltung gebracht, dann hilft uns Gott, dann wird ein neues Geschlecht auf freiem Boden leben und die 14jährige Schande aus Deutschlands Geschichte getilgt sein.





Ein Buch zum Thema
aus unserem Versandbuchhandel:

**Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, Vollständiger Vertragstext,
Gegenvorschläge der deutschen Regierung**



Mehr aus unserem Archiv:

Der Abgrund von Versailles

**Deutschlands Hyperinflation 1923:
eine 'private' Angelegenheit**

**Der Friedensvertrag von Versailles
vom 28. Juni 1919: Volltext**

**Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote
und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge
Amtlicher Wortlaut**

**Was Deutschland gezahlt hat
Die bisherigen deutschen Leistungen
auf Grund des Vertrages von Versailles**

Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?

Zehn Jahre Versailles

